Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Dessauer-Straße № 5. Insertions-Gebühr für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.

Das Abonnement beträgt: 1½ Rt. für ¼ Jahr in Berlin, 1½ " " " " incl. Postzuschlag in allen Theilen der Monarchie. Einzelne Nummern werden mit 2½ Sgr. berechnet. Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 250. **Berlin,** Sonnabend, den 27. October. **1849.**

Rundschau im Oktober 1849.

Man hat diesen Rundschauen vorgeworfen daß sie ihrem Namen nicht treu bleiben, daß sie zu sehr auf einzelne Tagesfragen, mit Uebergehung anderer, eingehen, daß sie nicht wirklich die Runde machen. Der Rundschauer weiß diesen Vorwurf nicht abzulehnen. Er kann nicht einmal versprechen ihn künftig zu vermeiden. Wer auf Einen Punkt, auf einen Brennpunkt, den Blick des Geistes-Auges scharf und stetig richten muß, wie kann der gemächlich ringsum schauen so daß kein Theil der Peripherie zu kurz kommt? Und da dieser Eine Brennpunkt ein solcher ist der, wie ein Mikrokosmus, die Totalität der Tagesgeschichte in sich abspiegelt, so kann auch die Beibehaltung des nun schon vielen Lesern freundlich bekannten Titels Rundschau — es ist diese die sechszehnte — wenigstens entschuldigt werden.

Jener Brennpunkt ist die innere Politik Preußens, wie sie jetzt kocht und gährt in den Kammern in Berlin. Im Ganzen walten in denselben wohl die Centren vor, mit ihrer Unbestimmtheit, Farb-, Ideen- und Charakterlosigkeit und mit einer gewissen Neigung nach rechts hervorgegangen aus dem Abscheu vor der wüsten barrikaden-errungenen Kopfzahl- und Bummler-Freiheit von 1848 und aus der nur von blinden Schwärmern abzuweisenden Ueberzeugung daß die Zucht und Ehre unserer Armee es ist die uns ein wenigstens unkünschliches Dasein gefristet hat.

So haben beide Kammern die Freiheit-schützende Bürgerwehr — diesen Widersinn alles Widersinns — und die erste Kammer die Staats-Garantie des auskömmlichen Gehalts der Schulmeister glücklich wegvotirt, welche nicht blos deren Verdienste um das Vaterland seit den Märztagen mit einem noch keiner Klasse von Beamten zu Theil gewordenen Privilegium belohnt, sondern auch für künftige Wühlereien unerschöpflichen Stoff und Reiz ihnen gesichert habenwürde. So wird auch die in der zweiten Kammer schon gefallene Vereidigung der Armee auf die Verfassung in der ersten kaum irgend einen Vertheidiger finden. An dieser „Verheißung" wird neuerdings klar werden wie perfide das freche absolutistisch-revolutionaire Spiel ist welches noch immer, im Oktober 1849, mit dem Worte „Verheißung" getrieben wird, indem man erstlich, ohne Scham und Gram, den Fürsten und ihren Ministern das Recht einräumt durch Proklamationen, Antworten an Deputationen u. s. w., ein neues Staatsrecht zuschaffen, und zweitens aus allem, was sie je verheißen, die durch Aufruhr abgedrungenen Verheißungen, also die formell am wenigsten gültigen, und die revolutionairsten, also die materiell widerrechtlichsten, mit Beseitigung der formell und materiell rechtsbeständigen, aussucht um nicht blos den Fürsten, sondern allem deutschen Recht und aller deutschen Freiheit den Hals zuzuschnüren.

Sehr wichtig endlich sind die Siege der guten Sache in Folge der Verhandlungen der ersten Kammer über die Kirche.

Die erste Kammer hat, wenn auch mit kleiner Majorität, nicht blos die „Ehrfurcht gegen Gott", sondern auch die „christliche Religion" in den Preußischen Staat als „Grundlage seiner religiös bürgerlichen Einrichtungen" wieder eingeführt. Dieser Beschluß, wir verkennen es nicht, hat seine komische Seite. Er erinnert an Robespierre's höchstes Wesen, an die Verse die man damals in Paris dichtete, aber aus Furcht vor der Guillotine nicht singen durfte:

Le peuple souverain,
Libre par sa nature même,
Ne reconnoît d'être suprême
Que celui qu'il nomme au scrutin,

und an Rammlers Gedicht:

Du, lieber Gott, darfst wieder sein,
So will's der Schach der Franken;
Schick' ihm doch bald zwei Engelein
Dich schönstens zu bedanken.

Und wenn die erste Kammer die christliche Religion nur als die Religion der Mehrheit der Preußen zu Gnaden annimmt, nachdem Dr. Stahl nachdrücklich und treffend von der Tribüne ausgesprochen daß es nicht auf die Religion der Mehrheit, sondern auf die Religion der Wahrheit ankomme, so müssen wir von Neuem erröthen und uns fragen ob es denn wirklich wahr ist daß es keine noch so gedankenlose und abgetragene Thorheit des revolutionirten Frankreichs giebt, welche das national-aufgeschwungene Deutschland von 1848 und 1849 nicht pünktlich nachmacht.

Aber dennoch nennen wir diesen Beschluß einen wichtigen Sieg der guten Sache. Er durchbricht das eben so widersinnige als gottlose System des religionslosen oder über allen Religionen — in den luftigen Höhen des Pantheismus oder Atheismus — schwebenden Staates welches der Charte vom 5. December zum Grunde liegt, und steht daher — ein nicht geringes Verdienst — in schreiendem Widerspruche mit deren Gesammtgeiste, mit dem Geiste der Zeit, wo Rodbertus wirklich und der Jude Kosch beinah' geistlicher Minister wurde.

Eben so wichtig, — vielleicht, weil unmittelbar praktisch, noch wichtiger, — ist der andere Beschluß der die möglichste Berücksichtigung der Confessionen im Schulwesen ausspricht. Evangelische und Römisch-Katholische — Dr. Stahl, Dr. Brüggemann und Dr. Walter — haben Hand in Hand diese Schlachten geschlagen und diese Siege errungen, was ihnen einen besonderen Werth verleiht als Pfand und Handgeld fernerer Allianzen aller Derer die nie anders als auf dem Einen ewigen Grunde und wie Ein Mann der abtrünnigen Zeit gegenüber stehen sollten.

Welche Wendungen auch unsere ferneren Entwickelungen nehmen mögen, diese Beschlüsse setzen eine auf deutschem Rechte fußende energische Regierung in den Stand der Kirche und der Schule, diesen zartesten Lebens-Organen der Christenheit, wirksamen Schutz zu gewähren nicht blos gegen die wilden Anläufe der Revolution, sondern auch gegen die verholzenden Umarmungen des Thiers'schen „gottlosen" Staates und des geistlosen After-Constitutionalismus. Und daß die gegenwärtige Regierung Neigung hat diese ihre heilige Pflicht wirklich zu erfüllen, das schließen wir aus den in diesen Verhandlungen vorgekommenen Erklärungen des Ministers der geistlichen Angelegenheiten. Er wies ausdrücklich die legitimen Consequenzen des abgeschmackten und gottlosen Princips der Trennung von Kirche und Staat, ja, er wies mit einer Art von Abscheu dieses Princip selbst zurück. Er erklärte, der Staat müsse die Kirche schützen und könne sich nicht indifferent gegen sie verhalten, da er seine geistigen Lebenskräfte aus der Religion ziehe, er müsse innig mit ihr verbunden bleiben; die preußische Regierung werde nie „die Copirmaschine der französischen" werden. Er räumte endlich, theils ausdrücklich theils stillschweigend, ein daß der Kirche diejenigen Schulen, die kirchliche Stiftungen sind, nicht genommen werden dürfen. Es ist nicht unsere Sache, dies Alles mit dem Buchstaben, noch weniger, es mit dem Geiste der Charte vom 5. Dezember in Einklang zu bringen oder den Standpunkt aufzusuchen von dem der Minister bei diesen Erklärungen ausging. Uns genügt für jetzt daß die Macht der Wahrheit und unser heiliges Grundrecht — das Recht auf eine nationale Kirche — solche Erklärungen hervorgerufen hat, daß der Minister einräumt, die Regierung „könne in ihrer Nachgiebigkeit gegen die „„maaßlose Zeit"", in der die Verfassungs-Urkunde in der Nationalversammlung entstand, geirrt haben" und erklärt daß die Regierung eine mäßigende Revision solcher Maaßlosigkeiten durch die Kammern gehofft habe und dankbar annehmen werde. Wenn aber seine schon im December, als die Furcht vor den Märzsiegern noch in allen Gliedern des Staats festsaß, ausgegangene Denkschrift sagt: der Staat scheide sich zwar von den Religionsgesellschaften aber nicht von der Religion, so hoffen wir daß diese wesenlose Abstraction an der lebensvollen geschichtlichen Gestalt der Kirche Christi wie Nebel an einem Felsen sich brechen wird.

Sehr zu beklagen dagegen ist allerdings die Niederlage welche die Vertheidiger der theuersten Interessen der Nation — der Rundschauer muß leider sagen: welche wir — durch den Beschluß der ersten Kammer über die Civilehe erlitten haben, und noch besonders zu beklagen daß in dieser Schlacht die Minister des Königs nicht auf unserer Seite, sondern eher auf der Seite unserer und ihrer Gegner standen, obschon hier gewiß eine revisionsbedürftige Maaßlosigkeit vorlag. Nicht davon war die Rede, eine bequeme Form der Eheschließung ohne Concurrenz der Kirche zu finden für schriftwidrig Geschiedene, für emancipirte Weiber, für Reform-Juden, für Lichtfreunde, für Deutschkatholiken, kurz für die Elite der Nation die erhaben über die Vorurtheile des Jahrhunderts nach dem 18. März als eine privilegirte Klasse aus Frankfurt und aus Berlin uns, dem übrigen dummen deutschen Volke, Gesetze vorschrieb die sie Grundrechte nannte und deren vornehmstes war daß wir als Nation unsern Gott und unsern Heiland verleugnen sollten. Diesen wollten wir ja gern gestatten sich von dem Bürgermeister, statt kirchlich, trauen zu lassen. Wir baten nur uns übrige zwölf Millionen neun hundert neun und neunzig tausend und neun hundert Preußische Unterthanen — wir rechnen nämlich die Rhein-Provinz ab — mit dem Zwange zu verschonen diese Bürgermeistertrauungen über uns ergehen zu lassen. Wir wiesen darauf hin wie auf solche Weise in England für das Bedürfniß der Unkirchlichen gesorgt worden ohne die christliche Sitte und die Rechte der Kirche zu verletzen, in England welches auf wahre Freiheit sich versteht und dem wir zwar einige Formen nachzuäffen wissen um sie praktisch in ihr Gegentheil zu verdrehen, dessen Geist uns aber unverständlich bleibt. Wir baten, eine der tiefst gewurzelten, mit den heiligsten Empfindungen des Volkes verwachsenen Institutionen zu respectiren. Wir baten der Kirche ihr von der Nation willigst anerkanntes nie gemißbrauchtes Recht noch ferner zu gönnen, das Recht durch ihren Segen gültige Ehen zu schließen. Wir wiesen darauf hin wie man durch Entziehung dieses Rechts der Kirche nicht blos, sondern auch dem Volke in's Angesicht schlüge, wie kein auch nur nennenswerthes practisches Bedürfniß solche Eingriffe in unsre Heiligthümer auch nur scheinbar rechtfertigte. Alles umsonst. Der Reiz war zu stark dem tricoloren Deutschland wieder ein in dem innersten Marke des Deutschthums lebendes Recht zu entreißen, Deutschland immer mehr, bis in die Hütten der Armen hinein, auf französischen Fuß zu setzen, uns ein Joch aufzulegen das in den Westen des Vaterlandes aus Paris zugleich mit der Jacobiner-Mütze eingeführt worden ist. Französisch oder Deutsch? war die Frage. Mußte da nicht in dem national-begeisterten Deutschland die Antwort lauten: Französisch!?

Jeder Tagelöhner von Ostpreußen bis Westfahlen soll nun mit Erstaunen belehrt werden daß es in Berlin weise Männer gibt die die Macht haben ihm — mir nichts dir nichts — ein Recht zu entreißen welches ihm bisher als so natürlich eingewachsen in sein ganzes Leben und Wesen erschien wie das Recht zu essen, zu schlafen oder andere natürliche Functionen zu verrichten, und ihm dagegen eine ganz wildfremde, halb lächerliche halb aufstößige Form aufzudringen, ohne daß die Veranlassung oder der Zweck dieses wunderlichen Wechsels ihm irgend verständlich zu machen ist. Wahrlich, schon im Interesse solider Rechtsbildung, im Interesse der politischen Freiheit, — die schreiend verletzt wird, wenn das Volk, ja wenn auch nur das geringste Glied des Volkes als bewußtloser Rohstoff legislativen Experimenten preisgegeben wird, — schon im abstracten Interesse des Rechts und der Freiheit müssen wir ein solches Manschen in den Eingeweiden unserer Institutionen verabscheuen.

Es bleibt nur die Hoffnung übrig daß die zweite Kammer vor den Riß treten wird. Hier gilt es für dieselbe, wie vielleicht niemals vorher und nachher, der Nation zu Hülfe zu kommen und zu beweisen daß sie, wenn deutsches Recht und deutsche Freiheit zu behaupten ist, der ersten Kammer nicht nachsteht.

Aber es sollten auch die Glieder — vor Allem die Behörden — der Kirche sich regen und Zeugniß ablegen. Vielleicht dürfen wir uns der Hoffnung hingeben daß solche Zeugnisse jetzt vorbereitet werden, die auch wenn der nächst beabsichtigte Erfolg ausbliebe reichen Segen versprechen, — vorbereitet von den zahlreichen kirchlichen Vereinen, vorbereitet von der Geistlichkeit, vorbereitet von den Consistorien, vorbereitet endlich von unserem Quasi-Ober-Consistorium welches zwar aus Respect vor den Kirchenfreiheit proklamirenden Märztagen den ihm gebührenden kirchlichen Namen: Ober-Consistorium noch nicht führt, dem es aber wohl anstehen würde, durch die That, — namentlich durch diese volksthümliche nicht minder als kirchliche und christliche That — zu beweisen daß es auf diesen ehrwürdigen Namen ein gutes Recht hat.

Die Civil-Ehe ist in unserm Nord-Osten von Deutschland schon einmal probirt worden. Herzog August Christian Friedrich von Anhalt-Cöthen glaubte, wie er in seinem Edicte vom 28. Dezbr. 1810 wörtlich sagt, seinem Lande „keine heilbringendere Constitution geben zu können als diejenige, welche der größeste Gesetzgeber der Welt, Napoleon der Große, seinen Völkern, welche er als Vater liebt, gegeben hat." Man sieht, dieser Herzog erfüllte gewissenhaft die Pflicht, die auch heute noch vor allen andern einem ächten dreifarbigen Deutschen obliegt, die Pflicht das Franzosenthum anzustaunen und zu copiren. Er theilte demgemäß sein Land in Ein — sage Ein — Departement und führte den Code Napoleon und somit auch die Civil-Ehe ein; wenigstens ist uns nicht bekannt, daß er in dieser Hinsicht eine Ausnahme gemacht hätte. Seine Schöpfung hatte mit den meisten Schöpfungen der französischen Revolution die gute Eigenschaft gemein, daß sie kein perennirendes Gewächs war. Kaum hatte er Zeit gehabt vor ganz Deutschland und wohl auch bei Napoleon selbst sich lächerlich zu machen, als er 1812 starb und der Vormund seines Nachfolgers, der Herzog Franz von Dessau, diese Verfassung mit Napoleons Zustimmung wieder aufhob, weil sie „ohne Vorbereitung und Berücksichtigung der Umstände eingeführt" worden und „ohne den völligen Ruin des Landes nicht beibehalten werden" könne. Aber der Funke, den dieser Verehrer Napoleons und Frankreichs angezündet, ist in Köthen und Dessau nicht erloschen. Diese Nationen, schon gewohnt, allen übrigen Nationen voranzuleuchten auf der Bahn der Märzfreiheit und von Waldeck anerkannt als Muster für Preußen, haben auch die Civil-Ehe und zwar schon von Neujahr 1850 an bei sich eingeführt und uns Preußen auf diesem Gebiete nur den Ruhm ihnen nachzutreten übrig gelassen. Vielleicht können sie uns noch ehe wir das Land mit kopulirenden „Burgemeistern" bedecken ein lehrreiches Exempel sein welche Verwirrung und welches Unheil solche Gesetzgeberei anrichtet.

Nachdem das Obige schon geschrieben war, hat die Erste Kammer noch einen wichtigen Beschluß gefaßt. Die Lehne und Fideicommisse und die kirchliche Trauung hatte sie dem geistlos und neidisch nivellirenden Zeitgeiste, der aus Frankreich wehet, Preis gegeben. Aber vor dem Ansinnen den Preußischen Staat herunter zu stoßen von dem Granitblocke, auf dem er steht, und auf Flugsand wieder aufzubauen, — vor diesem Ansinnen steht sie still. Sie will nicht daß von Jahr zu Jahr die gesammte Einnahme und Ausgabe des Preußischen Staats von der Mehrheit oder Minderheit einer der beiden Kammern abhange, — von dem Intriguenspiel der Parteien, von Portefeuille-Gelüsten, vom Appetit auf zweites Frühstück im Kammer-Restaurationslokal oder vom Schnupfen und Husten der „verehrten Mitglieder," — denn Alles dies entscheidet bekanntlich über Mehrheit oder Minderheit, und zwar um so mehr je weniger „disciplinirt" die Parteien sind. Wenn man nur Einen Blick wirft auf Preußen, — auf seine Entstehung, seine Geschichte, seine geographische Lage, seinen jetzigen Bestand, auf seine Armee, seine Finanzen, seine Verwaltung, — kurz auf Alles was, so wie der Name Preußen nur ausgesprochen ist, einem vor Augen steht, so ist es schwer faßlich wie Männer, die von andern und von sich selbst Staatsmänner genannt werden, auch nur einen Augenblick daran denken können diesen Staat auf Majoritäten solcher Kammern zu bauen wie die sind welche wir jetzt haben, oder wie die sein werden welche das jetzige, anerkannt ungenügende, Wahl-Gesetz, oder gar irgend ein künftiges Wahl-Gesetz, ein x dessen Inhalt Niemand kennt, uns in Aussicht stellt. Wir haben Menschen vor uns die ganz ernsthaft einen steinernen Thurm auf tanzende Meeres-Wellen bauen, noch dazu wenn diese recht hoch gehen. Um diese seltsame Erscheinung zu verstehn muß man das Wesen des Aberglaubens studieren. Wer an den lebendigen Gott nicht glaubt, der fühlt einen leeren Raum in seinem Geiste, und dieser leere Raum muß ausgefüllt werden, es koste was es wolle, und wäre es mit einem Kalbe oder mit einem Krokodille. So dringt heut zu Tage in den Tempel, aus dem das wahre Recht und die wahre Freiheit verbannt sind, der französische After-Constitutionalismus als Götze mit Gewalt ein. Die Abergläubischsten sind die, welche — man weiß nicht, ob mehr ehrlich oder mehr bornirt — in Einem Athem aussprechen: es sei allerdings ein höchst gefährliches Experiment, aber gewagt müsse es dennoch werden.

So abergläubisch ist nun aber diesmal die Mehrheit der ersten Kammer nicht gewesen. Die Wahrheit war zu klar, zu praktisch einleuchtend, sie stand mit der eignen Existenz, mit dem eignen Besitz in zu naher Beziehung als daß sie hätte können verkannt werden.

Und dennoch — wie klein war diese Mehrheit! Und wie entstand sie? Als die Disciplin, die sie in den Abstimmungen an den Tag gelegt, auf der Tribüne anerkennend erwähnt wurde, meinte eines ihrer Glieder den Verdacht ausdrücklich von sich ablehnen zu müssen als sei er etwas besseres als ein vereinzeltes Atom im Welltall der ersten Kammer. Zucht und Selbstständigkeit, Ordnung und Freiheit — diese Gegensätze hatten in seinem Bewußtsein sich noch nicht zur Einheit verbunden. In solchem Maaße sind wir noch unbekannt mit den ersten Elementen der Parteibildung. Und solchen Parteien, — oder, was noch ärger wäre, Kammern ohne Parteibildung, wüsten Aggregaten von „geehrten Rednern" —, wollte man den Preußischen Staat, diese edle Creatur Gottes, in die Hände geben um nach deren Belieben neu geknetet und geformt zu werden!

Noch eine Bemerkung, ehe wir dieses Kammerwesen verlassen, die uns, mitten in demselben stehend, sich täglich aufdrängt, die aber weiter als auf unsre Parlamente sich erstreckt. So wie etwas gethan oder gesagt worden in unserer den Zweifel liebenden, gegen die Wahrheit aber kalten Zeit, so fällt eine zerpflückende Kritik darüber her, eine Kritik die die Hauptsache bei Seite liegen läßt und in die Einzelnheiten des „Wie", in das „Dies" und „Das" sich verliert, in Urtheile was angemessen, was piquant war, was mund- und ohrgerecht, was zeitgemäß und was nicht, welche Talente der „Redner" habe und welche nicht, — eine Kritik deren Lob nicht erfrischt und deren Tadel nicht belehrt, weil sie die große Hauptfrage bei Seite liegen läßt, die Frage: Hat er die Wahrheit gethan und geredet? Daher kommt es denn daß elende Rede- oder Schreibe- oder Witzfertigkeiten Alles gelten, Gesinnung aber und Charakter, wenn solche eitele Talente wirklich oder vermeintlich fehlen, unthätig und unbeachtet im Hintergrunde stehen. Redet zum Beispiel der Rundschauer in diesen Rundschauen und sonst die Wahrheit — nun, so stimme man ihm bei und stärke seine Hände. Redet er aber die Unwahrheit, so verdamme man ihn als einen Lügen-Propheten. Aber man lasse das „wie" und das „wann", das „dies" und das „das", und die piquanten Witzworte und mund- und ohrgerechten und zeitgemäßen Phrasen bei Seite liegen, denn da gehören sie hin. Man verwirre nicht sich und andere durch kleinen Detail-Tadel. Noch weniger zerstreue und ermatte man sich und andere durch Detail-Lob der Schnörkel des Gebäudes. So urtheilte und handelte das lebensvolle Mittel-Alter, so das vielbewegte sechzehnte Jahrhundert in seinem gesunden Hunger und Durst nach Recht und Wahrheit. Brod forderten jenen Zeiten, Brod des Lebens, Brod vom Himmel. Darum waren sie frei von Mäkelei wie von Näscherei. Und solches Brod müssen auch wir begehren und essen, wollen wir uns practisch verbrüdern Preußen unserm Könige und die Welt unserm Gotte wieder zu erobern.

(Fortsetzung folgt).

Amtliche Nachrichten.

Potsdam, den 25. Oktober 1849.

Seine Majestät der König sind zur Jagd nach Letzlingen und Blankenburg gereist.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem bisherigen Konsul in Bukarest, Freiherrn von Sakellario, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; so wie dem Oberlehrer an dem katholischen Gymnasium zu Groß-Glogau, Professor Seidel, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Karl ist von hier nach Letzlingen und Braunschweig abgereist.

Justiz-Ministerium.

Der Advokat Eugen Windscheid zu Düsseldorf ist zugleich zum Anwalte bei dem dortigen Landgerichte ernannt worden.

Ministerium der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten.

Der Kreis-Chirurgus Göritz zu Rastenburg, Regierungs-Bezirk Königsberg, ist in gleicher Eigenschaft in den Kreis Tilsit, Regierungsbezirks Gumbinnen, versetzt worden.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Dem Chemiker und Zucker-Fabrikanten J. M. Leidesdorf zu Magdeburg ist unter dem 21. Oktober 1849 ein Patent

auf ein für neu und eigenthümlich erkanntes Mittel, den Kalk aus dem geschiedenen Rübensafte zu entfernen,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Angekommen: Se. Excellenz der Erb-Hofmeister in der Kurmark Brandenburg, Graf von Königsmarck, von Netzband;

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Pommern, von Bonin, von Stettin.

Unsere zweite Kammer

scheint jetzt mit raschen Schritten ihrer Selbstauflösung entgegen zu gehen, und es ist für uns ein erfreulicher Schluß, wie sich die Klugen in ihren eigenen Netzen fangen. Erst die Krone, dann die erste Kammer; die Krone durch die Steuerverweigerung, die erste Kammer durch eine möglichst schlechte Composition beseitigt, und was schien natürlicher, als daß der Schwerpunkt der Gewalt in die zweite Kammer fiel? Und doch ist nicht der Schwerpunkt, sondern die Kammer gefallen; gefallen, weil sie selbst sehr schlecht componirt ist; gefallen, weil die Legalisirung eines im vorigen Jahre mit Abscheu genannten Verbrechens den Wählern nicht als die Erfüllung der Phrasen von starkem Königthum erschien; gefallen, weil man Nichts von einer Kammer hoffen kann, welche ihrem wohlwollenden Präsidenten zum Trotz die Erörterung der wichtigsten Lebensfragen, ohne Rücksicht auf die factischen Unterlagen, mit naiver Unbefangenheit in einer einzigen Sitzung ermöglicht. Wir hatten schon gefürchtet, daß unsere Gegner schlau genug sein würden, die Herstellung einer möglichst vollkommenen Volksvertretung zu versuchen, um demnächst diese Vertretung in den Schmutz ihrer Theorie zu versenken; hierin hätte eine wirkliche Gefahr gelegen. So aber verschwinden unsere Besorgnisse vor dem modernen Constitutionalismus mit jedem Tage mehr, denn Kammern in der jetzt beliebten Façon sind das allerunschuldigste und unschädlichste Ding in beiden Hemisphären. Sie werden sprechen wie die Weisheit auf den Gassen, und Niemand wird ihrer achten, und wenn Jemand zu vorlaut wird, so wird man ihn an einige übereilte Rathschläge erinnern, wie gestern der Herr Minister des Innern einen gewissen von Beckerath.

Deutschland.

Kammerbericht.

Zweite Kammer.

Berlin, den 26. Oktober. Schluß der Sitzung vom 25sten.

Nachdem, wie wir bereits gestern mitgetheilt, der Minister des Innern dem länger als einstündigen Vortrage des Referenten geantwortet, erhält der Abg. v. Kleist-Retzow das Wort.

Abg. v. Kleist-Retzow. M. H.! Bei der mehrtägigen allgemeinen Debatte, welche sich fast ausschließlich auf diese beiden Paragraphen richtete — gilt das in ihr Gesagte von selbst auch hier, — ich werde mich deshalb bemühen, nicht zu wiederholen, oder wo ich darauf zurückkommen muß, der Sache eine neue Seite abzugewinnen. Letzteres gilt besonders von dem Abwege, auf den die Debatte immer wieder auch von dem Herrn Referenten heute von Neuem geführt ist — und der doch das unbefangene Urtheil trüben könnte: der Identificirung der Frage nach der erblichen Mitgliedschaft in der ersten Kammer und der Beurtheilung des jetzt bestehenden Adels. Ich bin zu stolz, auf Angriffe zu antworten von Mitgliedern aus seiner Mitte, die sich selbst richten. Zwei Bemerkungen halte ich mich aber verpflichtet zu machen. Der Adel hat nicht blos, wie der Abg. für Brandenburg schön nachwies, — und wie der Herr Referent heute hinzufügt, in inniger Gemeinschaft mit dem Bürger- und Bauernstande der Provinzen, die der Zeit zu Preußen gehörten — in der köstlichen und reinsten Freiheitsluft, der, welche auf unseren Schlachtfeldern weht, zu leben und zu sterben gewußt, — auch jetzt noch besteht ein gut Theil des Knochenbaues der Armee, welche Sie Alle für den wahrsten und besten Vertreter des preußischen Volkes im Jahre 1848 erklärt haben, aus ihm. Hat nun die Armee allein in jenem schweren Jahre sich bewährt, so können die Gesinnungen des zum großen Theil zu ihrer Haltung mitwirkenden Adels doch der wahren ächten Freiheit nicht so feindlich sein, als man behaupten will. — Man kann ihm eben so wenig vorwerfen, wie es geschehen ist: daß einzelne seiner Glieder im vorigen Jahre nicht die gewünschte Festigkeit bewiesen, wenigstens begreife ich nicht, wie ein solcher Angriff gerade von jener Seite kommen kann, — ich dürfte als Antwort nur auf die Ministerbänke verweisen. — noch weniger sollen Sie Beschuldigungen erneuern, wer die Zustände des Jahres 1848 verschuldet habe, worüber ich natürlich anders denke, als der Referent — Sie werden Alle mit mir darüber einig sein, daß es jetzt darauf ankommt, einen Wettlauf zu halten, um sie unmöglich zu machen für die Zukunft. Nur der Herr Referent hat mich in seiner eben gehaltenen Rede zweifelhaft gelassen, in wiefern dies bei ihm der Fall ist. Aber woher entstanden jene Zustände? Daß Diejenigen, welche berufen waren, die öffentliche Meinung zu leiten, sich von ihr fortreißen ließen. Und Sie wagen, darüber, daß dies im J. 1848 geschehen, Vorwürfe zu erheben — während Sie jetzt bei beruhigten Zeiten ohne alle Veranlassung von uns verlangen, eine allein Dauer für diese Zustände versprechende Einrichtung der ersten Kammer blos aus Rücksicht auf die sogenannte öffentliche Meinung zu unterlassen.

Die Frage nach der Erblichkeit in der 1. Kammer und nach dem bestehenden Adel hängen nur insofern zusammen, daß die Stellung des letzteren dadurch eine tiefere, untergeordnetere wird, weil zwischen ihm und den Mitgliedern der 1. Kammer eine starke Scheidewand aufgerichtet wird. Niemand hat verlangt, daß zu Mitgliedern der 1. Kammer nur Glieder des bisherigen Adels ernannt werden sollen, — aber Keiner zweifelt, daß deren Stellung eine viel erhabenere sein wird, weil sie auf das Amt gegründet ist, das Vermögen nur die äußere Grundlage abgiebt, die Ehre die gerechte Folge ist.

Hüten wir uns daher vor dieser Verwechselung und halten uns an die eigentliche Frage.

Der Commissions-Bericht selbst geht davon aus, daß beide Kammern nicht von wesentlich gleicher Beschaffenheit sein dürften, vielmehr sollten sie dem Volksleben in seiner Mannigfaltigkeit gerecht werden.

Das ist — wenn auch nicht die einzige, doch eine sehr wichtige Erwägung beim Zwei-Kammer-System. Aber gerade aus diesem, einstimmig von der Commission angenommenen Grunde können Sie unmöglich deren Vorschläge: 2 Drittel der 1sten Kammer aus den Kreisvertretungen wählen zu lassen, annehmen. — Noch haben wir diese nicht und wissen nicht, wie sie gestaltet sein werden. Gesetzt, die Entwürfe des Ministerii gingen durch, so wäre dann die Grundlage der Wahlen für die 2. Kammer und die der 2 Drittel der 1. Kammer völlig gleich. Der Extract wäre das erste Mal nur einfach, das zweite Mal zweifach filtrirt, vielleicht also etwas feiner, nimmermehr von anderer Beschaffenheit, nimmermehr geeignet, die Mannigfaltigkeit des Volks-Lebens darzustellen. Die besonderen hervorragenden Elemente kommen nicht durch sich selbst, sondern nur durch gutwillige Anerkennung in den allgemeinen Wahlen zur Geltung nur so weit sie in diesen aufgehen, gerade ihre Besonderheit aufgeben.

Noch weniger können Sie einen so großen Theil, vielleicht gar die ganze Erste Kammer, aus den Provinzial-Vertretungen hervorgehen lassen, denn zu demselben Grunde tritt noch die kleine Zahl der Wähler hinzu. Es wurden von den vorgeschlagnen 240 Mitgliedern der Ersten Kammer nach der Seelenzahl auf die Provinzen vertheilt, z. B. Brandenburg 30, der Rhein 40, Schlesien 44 zu wählen haben, die Provinzial-Vertretungen aber nach Anzahl der Kreise aus resp. 33, 50, 57 Personen bestehen, die etwaigen Majoritäten in ihnen, von denen die Wahlen geleitet werden, also aus 17, 26, 29 Personen, so daß alle nicht nur geborne Mitglieder sein, sondern noch nebenbei andere wählen würden. Es bedarf wohl nur dieser Hinweisung, um die Unausführbarkeit der Wahl einer großen Anzahl aus den Provinzial-Vertretungen zu zeigen.

Nicht viel besser sind — wenn sie dauernd bleiben sollen — Wahlen nach einem Census, indem sie ebensowenig die Mannigfaltigkeit des Volkslebens zur Geltung bringen. Eine Scheidung machen sie allerdings — zwischen dem mehr oder minder Vermögenden, — allein schon diese Scheidung ist sehr willkürlich, — innerhalb der Grenzlinie verschwimmen aber alle Mannigfaltigkeiten des Volkslebens ebenso in der geringstbesteuerten Klasse, wie bei allgemeinen Wahlen in den Besitzlosen, weil es eine allbekannte Erfahrung ist, daß das Vermögen in solchen Progressionen abnimmt, daß jedesmal die untere Classe zahlreicher ist, wie alle vorhergehenden zusammengenommen, diese alle mithin durch sie beherrscht werden, so bald sie zusammenhält.

Die Mannigfaltigkeit des Volkslebens kann nur durch eine Vertretung der Interessen zur Geltung kommen. Es ist ganz irrig, wenn der Referent sagt, das führe in das mittelalterliche Staatsleben zurück. Dort bestand jedes Interesse für sich gewissermaßen als Staat im Staat, hier in der

constitutionellen Monarchie sollen die verschiedenen Interessen organisch zu einer einheitlichen Gemeinschaft verbunden werden. Die Mitglieder der Kammern vertreten in ihnen nicht allein das specielle Interesse, aus dem sie hervorgegangen, — aber die verschiedenen Interessen verlangen zur freudigen Hingabe an die Gemeinschaft wenigstens die Bürgschaft, daß dieses Interesse in der Gemeinschaft zur Erwägung, zur Geltung komme.

Es kann sich daher nur fragen: welche Interessen können Anspruch auf die Vertretung in der 1sten Kammer machen? wo uns freilich der Kommissionsbericht im Stiche läßt. Es würde weniger der Fall sein, wenn er sich dahin ausdrückte: daß nicht das Volk leben, sondern das Staatsleben in seiner Mannigfaltigkeit in den Kammern zur Geltung kommen solle. — Das ist das Falsche in jener Ansicht, als ob die Kammern nur den Volkswillen, das Volksleben auch in seiner Mannigfaltigkeit ausdrücken und vertreten sollten. Der Staat hat ein Leben unabhängig vom Volkswillen, nöthigenfalls selbst entgegengesetzt der Majorität jener Willens, — nur innerhalb der Schranken und Bedingungen des Staatslebens kann der Wille des Einzelnen und selbst der Mehrheit zur Anerkennung kommen. Es ist grundfalsch, daß der Staat nur bestehe aus dem Willen der Mehrheit des Volks. Deshalb müssen auch die Vertretungen des Landes nicht blos die Mannigfaltigkeit des Volkslebens, sondern zugleich das Staatsleben selbst mit zur Erscheinung und Geltung bringen. In höchster Spitze und Machtvollkommenheit soll dies zwar der König, allein die Idee der Monarchie kann sich nur dann als fruchtbar erweisen und die ganze Fülle ihres Segens verbreiten, wenn sie nicht blos in der Person des Königs zur Erscheinung kommt, sie soll, und muß das Leben des ganzen Staats, namentlich die Vertretungskreise des Landes, durchdringen. Diese soll nöthigenfalls königlicher sein als der König, denn alle Rechte, alle Macht und Ehre, aller Reichthum des Königs kommt ja dem Lande, kommt uns zu gut. — Würde die Landesvertretung nur den Volkswillen, der König nur das Staatsleben vertreten, so wäre zwischen beiden ein unheilbarer Zwiespalt gesetzt, ersterer würde die ihn hemmende königliche Gewalt bald zu schwächen, oder gar wie in Frankreich zu beseitigen suchen, ohne daß die Sicherheitsmaßregeln der Verfassung: Verantwortlichkeit der Minister, Unverletzlichkeit des Königs, die geringste Garantie böten. — Se. Majestät der König ist zugleich der wahrste Vertreter des Volks, — so müssen die Kammern ihrerseits auch den Staat vertreten, — und während der zweiten Kammer mehr die Aufgabe zufällt, die Wünsche und Ansichten der Einzelnen, der lokalen Kreise aus eigener Anschauung und Erfahrung zur staatlichen Geltung zu bringen, so soll die erste Kammer ihrem Andrängen gegenüber das Interesse des Staates wahren, sie damit in Einklang bringen. Die Fragen in der ersten Kammer müssen daher mehr vom allgemeinen, politischen, staatlichen Standpunkte aus behandelt, und die Kammer selbst so zusammengesetzt werde, daß dies mit Sicherheit anzunehmen ist. Geschieht das, so werden beide Kammern als vermeintlicher Ausdruck des Volkswillens nicht in Versuchung kommen, die Monarchie ja den Staat selbst zu bedrohen, die Krone nicht ihr Veto einzulegen, weil, wenn von solcher 1. Kammer mit ihr Anträge empfohlen werden, sie sicher sein kann, daß das Interesse des Staats reiflich erwegen und gewahrt ist.

Wollen Sie m. H. aufrichtig die konstitutionelle Monarchie, diese völlige Harmonie aller Gewalten und Kräfte im Staate, so müssen Sie eine solche 1. Kammer wollen, — andernfalls wird der Staat bald in Demokratie oder Absolutismus ausarten. Das Interesse des Staates als solchen ist soviel mächtiger als das des Einzelnen, daß wenn Sie es allein in eine Hand legen, diese sehr bald auf die Dauer die ganze Herrschaft erlangt, wie dies beim Schluß des Mittelalters mit der fürstlichen Gewalt der Fall war. Der Herr Ref. hat darauf hingewiesen, welchen Zuwachs an Macht durch den November pr. und April cur. die Königl. Macht bei uns erlangt habe. — weshalb? — weil sie das Leben des Staates erst den Interessen der Einzelnen in ihm, dann außer ihm gegenüber zu wahren wußte. — Danach gehören alle solche Interessen und Rechte in die 1. Kammer, die mit dem Leben des Staates als solchen unmittelbar verbunden, zugleich aber eine solche Selbstständigkeit haben, daß sie aus eigener Ueberzeugung und eigenem Willen ihn schützen und wahren werden. Daß die Vertretung in der 1. Kammer dadurch complicirt werde, darf Sie nicht abhalten, — ebenso complicirt ist das Staatsleben selbst.

Es gehören danach vor allen in die 1. Kammer die Königl. Prinzen, als Verwandte, als Erben des Königs, deren ganzes Denken und Thun mit dem Leben des Staates verwachsen sein muß.

Gleicherweise die Mediatisirten, welche früher eine gleiche Stellung wie unser König in kleineren Territorien hatten und für deren Verlust durch völkerrechtliche Verträge eine solche bevorzugte Mitwirkung bei der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zugesagt erhalten haben; in den Ländern, welchen jene Territorien zuwachsen. Sie können einen solchen völkerrechtlichen Vertrag gar nicht brechen und werden es auch nicht wollen, es wäre der erste Rechtsbruch, welchen wir begingen, und das werden Sie der Nationalversammlung überlassen. — Wie der Ref. daraus, daß ihnen verheißen sind „die erste Stelle unter den Standesherrn in der Landstandschaft," folgern kann, wenn wir keine 2. Standesherrn zulassen, konnten sie auch nicht d. erste Stelle beanspruchen, überlasse ich Ihrer Beurtheilung.

Wollen Sie aber die Prinzen und Standesherren in der ersten Kammer haben, so dürfen Sie dieselben darin auch nicht isoliren. Die Prinzen gehören überhaupt nicht in jede Kammer, — gewiß wird dies Keiner von einer zweiten National-Versammlung wünschen. Isolirt würde ihnen jede Bedeutung darin abgehen. Sie dürfen nicht singulaire Ausnahmen sein, wie die Raritäten eines Kunstkabinets, — sie müssen die Spitzen sein ähnlicher voller Berechtigungen.

Zu solchen Berechtigungen gehört vor Allem der große Grundbesitz, der große Handel und das Gewerbe, große unabhängige politische Corporationen, die beiden großen christlichen Kirchen, die Universitäten, die höchsten Organe der sonstigen, für das Staatsleben von besonderem Einfluß seienden Lebensthätigkeiten desselben — der Gerichte — des Militairs, — die Administration selbst ist ausreichend durch das Ministerium in den Kammern vertreten.

Der Grundbesitz ist die rechte Grundlage des Staatslebens, die wahre Grundbedingung der Freiheit und Unabhängigkeit. Er hat das allgemeinste Interesse am Staate selbst, mit dessen Gedeihen er aufs Allerengste verbunden ist. Ist das Einkommen daraus so reichlich, daß es die Familie erhält, ohne irgend welche Begünstigung in Anspruch zu nehmen, daß alle Kräfte des Besitzenden ihm frei bleiben, um sie im Dienste des Staates zu verwenden, für keinen anderen Sold, als das Bewußtsein der Pflichterfüllung, — steht ihm dies Amt der Vertretung des Landes erblich zu, — so wird dadurch die innigste Verbindung zwischen dem Leben der Familie und des Staates hergestellt. Indem man diesem alle Kräfte opfert, begründet man den Ruhm der Familie, die Dankbarkeit des Landes gegen sie, — indem man für die sorgfältige Erziehung der Kinder wirkt, erfüllt man zugleich die heiligste Pflicht gegen den Staat. Deshalb muß zur Vollkommenheit der Vertretung des großen Grundbesitzes diese erblich sein. Daß die Elemente dazu vorhanden sind, ist uns bewiesen, namentlich wenn wir bedenken, daß wir bisher kein öffentliches Leben hatten. Bei demselben würde eine solche Institution bald zu völliger Blüthe gedeihen — wenn sie die vorhandenen Keime nicht zerstören, sondern pflegen wollten. Zweifeln Sie an ausreichenden Elementen, so lassen Sie vorläufig einen Theil erblich, einen Theil von den großen Grundbesitzern gewählt sein.

Nicht der kleine Handel und das lokale Gewerbe, sondern insofern sie eng zusammenhängen mit dem ganzen politischen Leben des Staats, sollen in der ersten Kammer vertreten sein. Immer nicht in dem Maaße, wie der Grundbesitz, der sie zugleich mit vertritt — weniger umgekehrt. Ebenso aber gehören Vertreter der großen Gemeinden in die erste Kammer, die ein eigenes politisches Leben haben und dadurch wieder unmittelbar auf das Staatsleben einwirken. Man kann dies Alles durch Amendement Keller, richtiger aber wird man neben diesen eigene Vertreter der Magistrate der größeren Städte erreicht meinen, wie in dem Amendement 256, Nr. 14. Den 50 erblichen Mitgliedern entsprechen darin die 25 Abgeordneten der großen Städte, den 50 Gewählten vom gr. Grundbesitz — die 25 Gewählten vom gr. Handel und Gewerbe. Die Interessen, welche dadurch etwa noch nicht mit umfaßt wären, sollen die 50 Vertreter der Provinzialstände ausgleichen. Aus den Provinzial-Vertretern, nicht aus den Kreisen müssen sie gewählt werden, weil jene allein ein politisches, diese nur ein communales Leben haben, — die geringe Anzahl macht es wohl möglich.

Die Universitäten gehören durch ihre Vertreter in die Erste Kammer, nicht als Pächter der Intelligenz oder als politische Corporationen, sondern als Stätten unserer nationalen Bildung unserer Jugend, Vermittler des allgemeinen Gedankens mit dem praktischen Leben.

Die höchsten richterlichen Personen und einige hohe Militairs gehören in die Erste Kammer wegen der politischen Bedeutung beider Stände. Ihre hohe Stellung macht sie unzugänglicher dem Ehrgeiz nach weiterer Beförderung, während sie ihnen die Uebersicht gewährt über das ganze Lebensgebiet, dem sie angehören. Gegen die Aufnahme der Militairs hat man aus allgemein constitutionellen Gründen gesprochen, — aber wir machen eine Verfassung für Preußen, wo jener Stand eine eigenthümliche Bedeutung hat, — und dann dürfte man sie überhaupt nicht zulassen. Weit gefährlicher für die Disciplin des Militairs erscheinen mir die Urwahlen desselben. Da ist es zweckmäßiger, den ganzen Stand durch seine gesetzlichen Vertreter und Führer in der Ersten Kammer vertreten zu lassen.

Vor allem aber gehören Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche in die Erste Kammer, die, was wir auch zu Art. 11 — 23 Tit. II. der Verfassung beschließen mögen, immer die Grundlagen unseres Staatslebens bleiben müssen und damit eng verbunden sein werden.

M. H. Sie haben nun zu erwägen und zu beschließen. Lassen Sie uns und fern halten von allen Verurtheilen, uns nicht irre machen durch eine sogenannte öffentliche Meinung, lassen Sie uns, wie es unser Beruf ist, diese öffentliche Meinung unserseits leiten, — sie wird es uns bald danken, wie es das ganze Land dem Ministerio dankt, daß es die öffentliche Meinung wider ihren Willen geleitet hat. Legen Sie die Fundamente des zu erbauenden Gebäudes so tief und unerschütterlich fest, daß die öffentliche Meinung, die bald genug dagegen andrängen wird, es nicht umzustürzen vermag, was doch nothwendig geschehen muß, sobald sie sich ändert, sobald Sie nur mit Rücksicht auf sie gebauet haben.

Es wird noch ein Abänderungsantrag vom Abg. Gamet eingebracht.

Hierauf wird der Schluß der Diskussion beantragt und angenommen. Der Berichterstatter verzichtet auf das Wort.

Abg. Reichensperger (zur persönl. Bemerk.) wundert sich, daß von verschiedenen Seiten der von ihm gebrauchte Ausdruck: „arme Leute" statt Bauern mißverstanden sei; in früheren Zeiten sei nur jener Ausdruck gebräuchlich gewesen, wie man dies in alten Chroniken lesen könne.

Zu dem §. 63. u. ff. sind 28 Amendements eingegangen. Der Präsident theilt sie Behufs der Abstimmung in folgende 6 Klassen:

1) in die Amendements, welche das Prinzip der Erblichkeit aufstellen. Dazu gehören die von Keller (Barmin), Wahnschaffe, v. Fock, Ursichs und Graf Arnim eingebrachten;

2) in die, welche eine Vertretung der Interessen verlangen. Es sind die Amendements Reck, Breithaupt (Wittstock) und Wegener; dazu das Zusatzamendement Hoffmeyer.

3) es soll gedacht das Amendement Wehmer zur Abstimmung kommen, welches die Ernennung des einen Drittheils durch den König verlangt.

4) Ferner die Amendements, welche die Grundbesitzer vertreten wissen wollen, gewählt durch die Kreisvertreter ꝛc. Dazu gehören: der Commissionsantrag, die Amendements Gamet, Ebert, Menzel, Breithaupt (Havelberg) und das Zusatz-Amendement v. Brauchitsch; dann das Amendement Riedel (welches später von den Kammern angenommen wird) und Töbe.

5) Es folgen die Amendements, welche die Wahlen lediglich den Provinzial- und Kreisvertretern überlassen wollen. Es sind dies die der Abg. Wernich, Graf Dyhrn, Tellkampf, Reichensperger und Techow.

6) Den Schluß bei der Abstimmung sollen die Anträge bilden, welche einen Census verlangen; dazu gehören die der Abg. Körner, Dentzin, Rehden, Reuter ꝛc.

Ueber die Fragestellung erhebt sich eine längere Debatte, an welcher sich namentlich die Abg. v. Gudenau, v. Kleist-Retzow ꝛc. betheiligen.

Ueber das Amendement Keller, welches zuerst zur Abstimmung kommt, wird die namentliche Abstimmung verlangt. Da wir wegen der übergroßen Zahl der eingebrachten Amendements dieselben nicht alle wiedergeben können, so lassen wir jetzt nur diejenigen folgen, über welche der Namensaufruf verlangt wird.

Das Amendement Keller lautet: Die Hohe Kammer wolle beschließen, folgende Bestimmung als Art. 62. in die Verfassung aufzunehmen: Die Erste Kammer besteht: 1) aus den Prinzen des königl. Hauses, welche ihren Sitz in der Kammer einzunehmen berechtigt sind, sobald sie das achtzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben. 2) Aus den Häuptern der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände (gemäß der deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 Art. XIV. und den Verordnungen vom 21. Juni 1815 und 20. Mai 1820), deren Zahl durch Königliche Ernennungen aus den übrigen großen Grundherren, mit Rücksicht auf verhältnißmäßige Ausgleichung der einzelnen Provinzen, auf 120 zu vermehren ist. Dieselben vererben ihr Recht auf ihre männlichen Descendenten nach den Regeln der Erstgeburt. Die Bedingungen seines Erlöschens bestimmt das Gesetz. Ihr Eintritt in die Kammer findet bei erreichter Volljährigkeit statt. 3) Aus Abgeordneten der 2—4 bedeutendsten Städte jeder Provinz, welche durch das Gesetz zu bezeichnen sind, und deren Magistrate je einen aus ihrer Mitte auf sechs Jahre zu wählen haben. 4) Aus einem Abgeordneten jeder der Landesuniversitäten, von der Versammlung der ordentlichen Professoren auf 6 Jahre gewählt, ferner der Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Künste und der Akademie zu Münster, ebenfalls auf 6 Jahre gewählt. Auch andere Anstalten für Wissenschaft oder Kunst, welche korporative Gestalt erlangen würden, kann durch das Gesetz die Wahl eines Abgeordneten zugetheilt werden. 5) Aus den katholischen Landesbischöfen und einer entsprechenden Zahl von Vertretern der evangelischen Kirche, nach näherer Bestimmung des Gesetzes. 6) Aus folgenden Würdenträgern des Militär- und Civilstandes, nämlich den Feldmarschällen, 8 Generalen nach geistlicher Bestimmung, dem Präsidenten des Ober-Tribunals und des Rewisionshofes und dem Präsidenten des Ober-Rechnungskammer, so wie den Inhabern derjenigen Aemter, mit welchen das Gesetz künftig den Sitz in der Ersten Kammer verbinden wird. 7) Aus höchstens 12 Mitgliedern, welchen der König für hervorragende Verdienste, in Wissenschaft, Kunst, Staatsdienst oder durch gewerbliche Unternehmungen oder Begründung gemeinnütziger Anstalten erworben, den lebenslänglichen Sitz in der ersten Kammer verleihen wird.

Die Abstimmung ergiebt folgendes Resultat: für dasselbe erklärten sich 62, gegen dasselbe 245. Das Amendement ist somit verworfen.

(Für dasselbe stimmten unter A. die Abg. Wahnschaffe, v. Wedell, v. Werdeck, Blunder, Graf Arnim, v. Arnim, v. Bernuth, Ellwanger, v. Fock, v. Gilgenheimb, Heintze, v. Hellermann, v. d. Heydt, v. Jagow (Wittenberg), v. Jagow (Greunach), Jordan, Keller 1. u. 2., v. Kleist (Schwichow), v. Kleist (Retzow), v. Kleist (Mohelz), v. Klützow, v. Kockeritz, Krahm, Graf v. Krassow, v. Lavergne-Pequilhen 1. u. 2., Leonhard, v. Manteuffel, v. Münchhausen 1. u. 2., Oppermann, v. Ramin, Herzog v. Ratibor, Graf Renard, v. Rehder, v. Schelitza, Scheerer, v. Schlottheim, v. Selchow, Stiehl, v. Stockhausen, Graf v. Stollberg 1. u. 2., v. Strachwitz ꝛc.; gegen dasselbe: Wallmuth, Graf Ziethen, v. Auerswald, Bauer (Saatig), v. Bodelschwingh (Hagen), v. Bodelschwingh (Magdeburg), Breithaupt 1. u. 2., Christiani, v. Ende, v. Gudenau, v. Griesheim, Kühlwetter, v. Meusebach, v. Patow, Riedel, Rehrschreib, Trendelenburg, v. Beltheim ꝛc.)

Ebenso werden hierauf die Amendements: Wahnschaffe, v. Fock und Urlichs verworfen.

Es kommt nun das Amendement Graf Arnim zur namentlichen Abstimmung. Es lautet: Die hohe Kammer wolle beschließen: Statt Artikel 62. und 63. die erste Kammer besteht: 1) aus den Prinzen des Königlichen Hauses, welche ihren Sitz in der Kammer einzunehmen berechtigt sind, sobald sie das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben. 2) Aus 80 vom Könige zu ernennenden erblichen Mitgliedern aus der Zahl der Grundbesitzer, welche ein Einkommen von mindestens achttausend Thalern aus dem Grundbesitze beziehen. Die näheren Bestimmungen enthält das Gesetz. 3) Aus 160 gewählten Mitgliedern, über deren Wahl ein Wahlgesetz das Nähere bestimmt. Uebergangs-Bestimmung: Bis zur Emanation des Wahlgesetzes für die erste Kammer (Art. 63.) kommen die Bestimmungen des interimistischen Wahlgesetzes für diese Kammer vom 6. Dezbr. 1848 in Anwendung.

Graf Arnim verlangt, daß über jeden einzelnen Theil seines Amendements besonders abgestimmt werde; v. Kleist (Retzow) unterstützt den Antrag, Graf Schwerin und Simson bekämpfen ihn; die Kammer entscheidet für Nichttheilung und wird somit über das ganze Amendement auf einmal abgestimmt.

Das Resultat der Abstimmung ist: mit Ja stimmen 78, mit Nein stimmen 228. Das Amendement ist somit verworfen.

(Mit Ja stimmen u. A. Graf Ziethen, Graf Arnim, v. Arnim, Bergmann, v. Bernuth, Breck, v. Brauchitsch, v. Bülow und Rietz, v. Dewitz, Ellwanger, v. Fock, v. Gilgenheimb, v. Gudenau, v. Hagen, v. Hanstein, Heintze, v. Hellermann, v. d. Heydt, v. Hiller, v. Hippel, v. Jagow 1. u. 2., v. Jordan, Keller 1. u. 2., v. Kleist 1., 2. u. 3., v. Klützow, v. Kockeritz, Graf v. Krassow, v. Lavergne 1. u. 2., Leonhard, v. Manteuffel, v. Münchhausen, v. Ramin, Herzog v. Ratibor, Graf Renard, v. Rehder, v. Schelitza, v. Schlottheim, Graf Schwerin, Stiehl, v. Stockhausen, Graf Stollberg 1. u. 2., Graf Strachwitz, Trendelenburg, v. Uechtritz, Urlichs, Wahnschaffe, Wellmann, Graf v. Krassow, v. Lavergne 1. u. 2., Graf Renard, v. Renzell, Graf Rittberg, v. Rehder, v. Schelitza, v. Schlottheim, v. Selchow, v. Stockhausen, Graf Stollberg 1. u. 2., Graf Strachwitz, Trendelenburg, v. Uechtritz, Urlichs, Wahnschaffe, Wellmann, Graf Schwerin, Stiehl, v. Stockhausen, Graf Stollberg 1. u. 2., Graf Strachwitz, Trendelenburg, v. Uechtritz, Urlichs, Wahnschaffe, Wellmann, v. Werdeck ꝛc. Mit Nein: v. Auerswald, Bauer (Saatig), v. Bodelschwingh (Magdeburg), v. Bodelschwingh (Hagen), v. Bodelschwingh (Magdeburg), Breithaupt 1. u. 2., Christiani, v. Ende, v. Fock, Gamet, Gerpert, Grentzberger, von Hirsch, Kühlwetter, Müller (Siegen), v. Patow, Schimmel ꝛc.)

Verworfen werden hierauf die Amendements: Reck, Breithaupt (Wittstock), Wegener und Wehmer.

Ueber den Gemmissions-Antrag wird wiederum namentliche Abstimmung verlangt. Er lautet: „Die durch Wahl zu besetzende Erste Kammer zu berufenden 240 Mitglieder (Art. 62.) werden zu [illegible] getreten gewählt, die ein besonderes Gesetz [illegible] besitzern in der Art gewählt, daß in jeder Provinz diejenigen 200 Grundbesitzer, welche mit der höchsten Grundsteuer belastet sind, die auf die Provinz nach der Bevölkerung fallende Zahl der Abgeordneten wählen. Die näheren Anordnungen erfolgen durch das Wahlgesetz."

Die Abstimmung ergiebt, daß sich 137 Abg. für und 170 gegen den Antrag erklären; er ist somit verworfen.

(Mit Ja stimmen u. A.: Graf Arnim, v. Auerswald, v. Beckerath, v. Bodelschwingh (Hagen), Benseri, Breithaupt (Wittstock und Havelberg), Camphausen, v. Fock, Fröhner, Fubel, Hesse 1. u. 2., v. d. Heydt, Hirsch, Krahm, Kühlwetter, v. Manteuffel, Müller (Siegen), v. Münchhausen 1. und 2., Ohm, Oppenhoff, Peppe, Graf Renard, v. Reyher, v. Saucken, v. Schelitza, v. Seckendorff, v. Selasinsky, Simsen, Graf Strachwitz, Viebahn, v. Wedell ꝛc.

Mit Nein. Aldenhoven, v. Arnim (Angermünde), v. Bernuth, Beck, v. Bodelschwingh (Magdeburg), v. Brauchitsch, v. d. Busche-Kessel, Beseler, v. Canitz, v. Cieszkowski, Dentzin, Duncker, Graf Dyhrn, Ellwanger, von Ende, v. Eynern, Geppert, v. Gilgenheimb, v. Griesheim, von Hanstein, Harkort, v. Hiller, Häffer, v. Jagow 1 und 2, v. Jordan, Keller 1 u. 2, v. Kleist 1, 2 und 3, v. Klützow, v. Köckeritz, Graf v. Krassow, v. Lavergne, Lensing, Maclean, v. Meusebach, Püschel, v. Ramin, Herzog von Ratibor, Reichensperger, v. Richthofen, Riedel, v. Röder, v. Röhricht, v. Rohrscheid, v. Schenckendorff, Schimmel, v. Schlottheim, Schöppleuberg, Stiehl, von Steckhausen, v. Stolberg 1 und 2. Ulrichs, Wentzel ꝛc.).

Ebenso werden die Amendements: Gamet, Ebert, Menzel und Breithaupt (Havelberg) verworfen.

Es kommt das Amendement Riedel zur Abstimmung. Es lautet:

1) Die Zweite Kammer wolle beschließen, anstatt der Worte des Kommissions-Vorschlages „aus 240 gewählten Mitgliedern" in dem Artikel 62. der Verfassungs-Urkunde zu setzen: aus 180 gewählten Mitgliedern. 2) Die Zweite Kammer wolle beschließen, den Artikel 63. der Verfassung in folgender Bestimmung anzunehmen: die durch Wahl in die Erste Kammer zu berufenden Mitglieder werden zu einem Drittheil von den höchstbesteuerten Grundbesitzern in der Art gewählt, daß in jeder Provinz die auf dieselbe nach der Bevölkerung fallende Anzahl der Abgeordneten von der fünfzigfachen Zahl derjenigen Grundbesitzer, welche den höchsten Betrag an direkten Steuern an den Staat entrichten, zu wählen ist. Die übrigen zwei Drittheile werden theils von der Provinzial-Versammlung jeder Provinz, theils von den Kreisvertretern gewählt, welche letztere ein besonderes Gesetz zu festen Wahlkörpern vereinigt. Die näheren Anordnungen erfolgen durch das Wahlgesetz.

Das Resultat der Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben ist zweifelhaft; die Zählung durch die Scrutatoren ergiebt, daß sich 142 Mitglieder für und 148 gegen das Amendement erklären. Danach ist das Amendement verworfen; es wird jedoch namensaufruf verlangt und ist jetzt das Resultat, daß für dasselbe 156 und gegen dasselbe 150 Mitglieder stimmen. Damit ist das Amendement angenommen.

(Für dasselbe stimmen unter Andern von Bardeleben, Baumgart, von Beckerath, Bergmann, Biegel, v. Bodelschwingh (Hagen und Magdeburg), v. Brauchitsch, Breithaupt 1 und 2, Bürgers, Camphausen, Denzen, Dentzin, Dunckerheimb, v. Gudenau, v. Hanstein, Harkort, v. Hilgers 1 und 2, v. Rippel, Scheliha, Schimmel, Simsen, Ulfers, v. Viebahn, v. Auerswald ꝛc. — Gegen dasselbe: Bauer (Saatig), v. Bernuth, v. Bengheim, Benseri, Bremer, Borrmann, v. d. Busche-Kessel, Beseler, Christiani, Duncker, Graf Dyhrn, Ellwanger, v. Ende, v. Fock, Gamet, Geppert, Grentzberger, von Griesheim, v. d. Heydt, v. Jagow 4 und 2, Keller 1 und 2, von Kleist (Retzow), v. Klützow, Krahn, Graf Kressow, Kühlwetter, Landsermann, v. Lavergne 1 und 2, Lensing, v. Manteuffel, v. Meusebach, Mücke, v. Münchhausen 1 und 2, v. Patow, Herzog von Ratibor, Scheerer, Stiehl, von Steckhausen, Urlichs, Graf Ziethen, Graf v. Arnim ꝛc.). Mit Ausnahme dieses Amendements sind auch die folgenden beseitigt.

Schluß der Sitzung gegen 5 Uhr Nachmittags. — Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. — Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über Titel V. der Verfassung.

□ **Berlin,** den 26. Oktober. Die Erste Kammer wird ihre Sitzungen nach mehrtägiger Unterbrechung morgen wieder beginnen. Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Verfassungs-Revision. Zunächst werden Titel 3 und 4 von „dem Könige und den Ministern" und dann Titel 9 Art. 104 „von den Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verbänden" zur Berathung kommen. Bei Art. 104 wurde die gegenwärtige Eintheilung des Landes in Provinzen Gegenstand lebhafter Erörterung im Ausschusse. Mehrere Mitglieder wünschten die Aufhebung der Provinzial-Eintheilung als eines particularistischen Elements. Die Kommission sprach sich indessen im Wesentlichen für die Bestimmungen des Regierungsentwurfes aus. — Die Petitionscommission hat ziemlich viele Anträge auf ein strengeres Innungswesen behandelt der 1. Kammer hat abermals einen Bericht erstattet, worin naturgemäß nichts niemals bei Darstellung einer seiner Opern ins Theater, und es ist ausgemacht, daß der Tonschöpfer des Fra Diavolo, der Stummen von Portici wohnt hat. Seltene Künstler-Enthaltsamkeit!

— ⁂ Der konservativ-konstitutionelle Central-Verein hat Sonnabend den 27., Abends 7 Uhr, eine Versammlung im englischen Hause, um eine Neuwahl des Ausschusses vorzunehmen.

— ⁂ Anneke, der sich unter den Flüchtlingen in der Schweiz befindet, hatte Luft, in Zürich eine Zeitung herauszugeben, fand jedoch Keinen, der Lust gehabt hätte, auf den Verlag oder den nöthigen Druck- oder Papierberg einzugehen. Seine Frau, ein kleines blondes Dämchen, hat die Amazonen-Tracht wieder abgelegt und die Bajonett-Büchse wieder mit den Stricknadeln vertauscht.

— Graf Dyhrn, der in seiner Rede gegen die Pairie an das Wort Goethe's erinnerte: „Wer vertritt zuletzt die Diede", wird nächstens frei nach Schiller sagen:

„Das Leben ist der Güter höchstes nicht,
Der Uebel größtes aber sind die — Schulden!"

— † Landesvisitation vom 25. Oktober. Im Maßmannschen Lokal wurde Abends die Neuigkeit lithographirt, daß eine telegraphische Depesche angekommen, wonach in Paris die Revolution ausgebrochen. Der Sieg sei zwar noch zweifelhaft, neige sich aber auf Seite der Demokratie! — Große Freude ob dieser Lithographie. — Ein Anderer theilte mit, zwei Reisende hätten die Provinzen durchstreift und von den Bauern überall gehört, daß diese es bedlagten, im vorigen Jahre sich zum blinden Werkzeug gegen die Berliner Demokraten hergegeben zu haben, statt mit ihnen gemeinschaftliche Sache zu machen.

Siebenter demokratischer Verein. Dr. Spieckermann theilt gleichfalls die Lithographie mit, daß zwischen den Legitimisten und Republikanern in Paris ein Straßenkampf ausgebrochen sei. Wenn die Legitimisten gewönnen, dann würden die Bourbonen wieder auf den Thron kommen, — sollten aber die Republikaner siegen, — da ließe sich sehr viel darüber sagen, es möchte sich aber ein Jeder das Seine denken (wahrscheinlich des anwesenden Konstablers wegen)! — Hierauf wurde eine Denkschrift von Herrn Rodbertus vorgelesen, dem es auch auf Jagetzow keine Ruhe zu lassen scheint, betitelt: „Wie ist dem Handwerkerstand zu helfen?" Im Fragekasten fand sich die Frage: „Warum sitzt Waldeck noch im Gefängniß? Was fürchten wir und wen haben wir zu fürchten?" erklärte Dr. Spieckermann: „Er ergriffe die Gelegenheit mit Freuden, um sich des demokratischen Vereins Waldecken zu thun immer im Munde hätte, mit der That aber nicht an ihn dächte, so z. B. hätten die andern Vereine bedeutend zu dem Ehrengeschenk beigesteuert, und der 7te Verein aber nur (man müsse sich schämen!) 27 Thlr. beigesteuert. Ueberhaupt müsse man nicht den Worten nach Demokrat sein, sondern in der That. Wie könne man sonst Achtung von der entgegengesetzten Partei verlangen, wenn man so wenig Interesse für die eigene Sache zeige. (Es thue ihm sehr leid, dies sagen zu müssen, es wäre aber besser, daß er es thäte, als die Kreuzzeitung, die überhaupt aus sehr guten Quellen schöpfen müsse. Zum Schluß debütirte Herr Bernhein zum ersten Male im Verein und wurde mit großem Applaus empfangen. Er entschuldigte sich, daß ihm keine Zeit geblieben wäre, den Verein zu besuchen, weil er sein werthes Blatt fast ganz allein redigiren müsse. Aus dem Fragekasten noch: „Was hat Hayman für eine Abstammung?" Dr. Sp. erklärt, er wisse es eigentlich nicht, man sage aber, er sei der natürliche Sohn eines Fürsten und einer Jüdin, — von dem Vater habe er das Feldherrntalent, von der Mutter die Grausamkeit.

Gesellen-Verein. Jerusalemer Straße Nr. 23. Vortrag des Dr. Schweitzer über den Weltkörper und was auf demselben durch Natur entstanden und durch menschliche Kunst verbessert worden. Im Fragekasten: 1) Wie geht es zu, daß wenn der Wind aus Treptow kommt, dann der Winter rauh und kalt ist? Antwort des Dr. Schweitzer: Weil in der Richtung unseres guten Nachbarn des Russen Land liegt, von dem wir auch noch etwas sehr Neues zu erwarten haben. — 2) Warum sind die englischen Schaafe besser als die unsrigen? Antwort des Dr. Schw.: Das liegt in der Wolle; die englische Wolle ist sanft und weich, die unsrige ist wollreich aber härter, eben so wie das Volk gesonnen ist. Das Volk muß nur bei seinem Vorsatz und Vorhaben bleiben; wenn dies ausgeführt ist, dann wird auch das Weiche sich bei uns einfinden, das man dann Freiheit und Gleichheit nennt!

Demokratische Bezirke 74. a. b. c. Dr. Stern theilt der Versammlung die neuesten Beschlüsse der Kammern mit. Die Herren Kollegen Siegfried, Königl. Preuß. Oberst aus Heidelberg.

Marine-Kapitain aus Petersburg; Gaillard, Direktor aus Paris; von Giese, Königl. Preuß. Oberst aus Heidelberg.

— † Die Demokratische Zeitung empfiehlt eine Broschüre: „Manifest gegen die Politik des Ministerii Brandenburg-Manteuffel" — auf der weder Verfasser, noch Verleger, noch Drucker angegeben ist.

— † Der Handschuhmacher Wernicke unter den Linden, — dessen Laden wegen des bekannten Patriotismus des Eigenthümers am 19. März zerstört wurde — soll jetzt dem Adelsführer auf der Spur sein, der damals die Verwüstung des Ladens angestiftet hat.

Es soll dies ein sehr wohlhabender — — sein, der auch damals viel Geld unter den Pöbel mit der Aufmunterung zum Barrikadenbau vertheilte.

Herrn Wernicke ist es übrigens gelungen, trotz der schändlichen Vernichtung seines Eigenthums, für welches er noch immer vergeblich von der Stadt Schadenersatz reklamirt, — schon seit einiger Zeit seinen Laden wieder eröffnen zu können, und wir benutzen die Gelegenheit, den patriotischen gemißhandelten Mann unserm Publikum zur möglichsten Unterstützung zu empfehlen.

— Lieber Zuschauer! Da Du so viel erfährst, so kannst Du mir wohl sagen, ob es wahr ist, daß die beiden Abgeordneten des Sternberger Kreises, nämlich der Geheime Rath Ambron und der Amtmann Weiß, in der 2ten Kammer für die Steuerverweigerung gestimmt haben.

Beide Abgeordnete waren schon zur vorigen Kammer von dem Kreise gewählt, und weil sie damals mit der Rechten gestimmt hatten und bei der letzten Wahl zu dieser Kammer in Dressen allen Wahlmännern öffentlich wollten, so wurden sie mit ungeheurer Majorität wieder gewählt. Ich kann versichern, daß, wenn sie etwas der Art geäußert hätten, was nach Steuerverweigerung unserm theuern Könige gegenüber geschmeckt hätte, sie keine oder höchstens nur einige Stimmen gehabt hätten. Antworte mir bald, lieber Zuschauer, und gieb mir und den vielen über den fraglichen Beschluß der 2. Kammer Bekümmerten im Kreise Sternberg die beruhigende Antwort: Das Gerücht ist falsch, Eure beiden Abgeordneten haben den ehrlich Wort gehalten, sie haben nicht für die Steuerverweigerung gestimmt.

Ein Wahlmann des Sternberger Kreises.

§ Herr v. Beckerath, dem der Minister des Innern gestern den „Rath" so stark angestrichen hat, soll nach der Kammersitzung den Entschluß gefaßt haben, künftig seinen „Rath" ganz fallen zu lassen und sich nur Herr von Becker zu nennen, da er als Bäcker wieder populär zu werden hofft.

§ Den vielen Freunden des Grafen Dyhrn, deren Interessen von demselben unvertreten bleiben, wird dessen offene Erklärung von der Tribüne ihm sicht.

— ⁂ Das Lambda der Tante Voß nicht zu vergessen! hat wieder einen drei bis viertehalb Spalten großen Leithammel in No. 249. geboren, an dem offenbar das Beste dieses ist, daß man ihn nicht zu lesen braucht, weil wir zum Glück nicht nur Preß-, sondern auch Lesefreiheit haben. Der Schluß lautet: „Bis dahin, (bis nach Jahren, bis wohin sich vielleicht Einer findet, der den Artikel ganz liest) bis dahin werden Wellen und Vertrauen weiter im Dämmerungs-Zustande, im Halbleben zubringen." — In Anbetracht, daß jede Zeitung der Abdruck ihrer Zeit sein soll, finden wir es sehr löblich von dem Lambda, daß es obigen „Dämmerungs-Zustand" in seinen milden Beiträgen für Tante Voß so glücklich verkörperlicht. Seine Artikel dämmern nicht nur, sie sind stellenweise auch ganz dunkel.

— ⁂ Der irländische Lord Cloncurry erzählt in seinen zu Dublin er

die Einladung erlassen worden, sich zu melden, wenn sie einer Ordensverleihung würdig zu sein glauben.

— In Prag bereitet sich ein großartiger Criminalproceß vor. Ein verhafteter Raubmörder hat bereits neun **Mordthaten** eingestanden und gegen **hundert** Mitschuldige bezeichnet.

— Das **Coburg'sche Palais**, welches bis jetzt als Kaserne und Gefängniß für politische Verbrecher benützt wurde, soll binnen einigen Tagen geräumt und dem hier anwesenden Prinzen **Coburg** wieder übergeben werden.

— **Das Ministerium des Innern** hat für die bei dem letzten Brande in **Brody verunglückten** Einwohner eine allgemeine Sammlung milder Gaben angeordnet. (Lloyd)

— Der Kaiser von Rußland hat den weißen Adler-Orden dem österreichischen General-Feldzeugmeister, Commandeur des zweiten Reserve-Corps, Grafen Nugent, dem österr. FML., Corps-Commandanten in Ungarn, Fürsten Franz Liechtenstein, dem österr. Bezirks-Chef von Ofen und Pesth, FML. **Kempen**, dem öster. FML., Divisions-Chef in Ungarn, Fürsten Friedrich Liechtenstein, und dem österr. FML., Corps-Commandeur in Ungarn, Romberg, und den St. Annen-Orden erster Klasse mit der kais. Krone dem österr. FML., Chef der Reserve-Cavallerie-Division in Ungarn, Grafen Walmoden, dem österr. FML., Corps-Commandeur in Ungarn, Baron Csorich, dem österr. General-Adjutanten, General-Major Susan, und dem österr. General-Major, Director der Feld-Artillerie, Hauslab, verliehen.

† **Wien**, 24. Oktober. Die von der Regierung erlassenen Organisirungs-Vorschläge des **Küstenlandes Ungarns** und Italiens haben die Genehmigung des Kaisers erhalten, ebenso die Gleichbesteuerung Ungarns und der italienischen Provinzen mit den übrigen Provinzen. Ich werde auf diese Gesetze morgen wieder zurückkommen. Sie nehmen, wie natürlich, die Aufmerksamkeit des Publikums in hohem Maße in Anspruch, jedoch steht bis jetzt noch kein Urtheil darüber fest. — Der Baron Haynau ist von Graz, wo er in Familienangelegenheiten einige Tage verweilte, wieder zurückgekehrt. Was seit einigen Tagen von Zerwürfnissen zwischen ihm und dem Ministerio wegen der Urtheile in Ungarn an Gerüchten in Umlauf war und wonach der Commandirende von Ungarn sogar pensionirt und durch F.-M.-L. Schlick oder Jemand anders ersetzt werden sollte, dürfte in wenigen Tagen durch die Rückkehr des Baron Haynau nach Ungarn schlagend widerlegt werden. Der Zudrang unserer jungen Leute aus allen Ständen zu den Reihen der Armee dauert noch immer fort, obwohl man von der Erhöhung des Armeefußes im Großen abgekommen zu sein scheint. Nur wird für die Zukunft jedem Regimente ein Bataillon Jäger beigegeben und die Artillerie um ein ganzes, das 6. Regiment vermehrt werden. —

Die Regierung richtet ihr Augenmerk nun vorzüglich darauf, den durch die Kriegsereignisse am meisten mitgenommenen Provinz-Theilen durch Geldvorschüsse wieder aufzuhelfen. So wurden an Siebenbürgen 1½ Million, an die Bačska 1 Million, an die Stadt Preßburg 400,000 fl. zugewiesen. — Für das nächste Frühjahr ist eine allgemeine Bereisung aller Provinzen durch Se. Majestät den Kaiser in Aussicht gestellt und, wie ich höre, soll dann mit Böhmen der Anfang gemacht werden, wo der Kaiser dann längere Zeit in Prag verweilen wird. Die Prager geben aber die Hoffnung nicht auf, noch in den nächsten Wochen dem Kaiser in ihren Mauern zu haben, wo zu seinem Empfange fortwährend die großartigsten Vorbereitungen getroffen werden.

— Die Universität hat nun seit Montag ihre Vorlesungen begonnen. Obwohl die Hörsäle im Gebäude der Universität selber noch nicht eingerichtet sind, so müssen wir den glänzenden Zudrang in den provisorischen Lehrsälen des Theresianums freudig begrüßen. Nicht nur die ordentlichen, sondern auch die außerordentlichen Vorlesungen versammeln ein sehr zahlreiches Auditorium. —

Wien, den 24. Oktober. Aus Konstantinopel wird uns berichtet, daß zwei ehemalige k. k. Offiziere, Graf Florestan Aczwarowski und ein Oberlieutenant von Bianchi Infanterie, Namens Anton Glamm, neuerdings die Reihen der zum Islam Uebergetretenen vermehrt haben.

Mehrere Blätter berichten, daß der Pariser „National" im Umfange der k. k. Staaten verboten worden sei. Ein derartiges Verbot ist wegen eines empörenden und die Person Sr. Majestät verunglimpfenden Artikels allerdings ergangen; doch nur von der hiesigen Militärbehörde und lediglich für den ihr unterstehenden Belagerungsrayon.

Das nächste Morgenblatt der Wiener Zeitung wird die Verleihung des Großkreuzes des Stephansordens an den kaiserl. russ. Reichskanzler Nesselrode nebst einem schmeichelhaften kaiserl. Handschreiben bringen. — Ein A. H. genehmigter Entwurf des Handelsministeriums wegen der Bildung von Consularlevsen sieht der Veröffentlichung entgegen.

Die heutige Wiener Zeitung enthält: 1) Die provisorische Verwaltungsorganisation in Ungarn. Mit Berufung auf den schon früher ausgewiesenen staatsrechtlichen Standpunkt wird die ehemalige Landesverfassung Ungarns als durch die Revolution selbst beseitigt erklärt. Ein besonderes Statut wird die landesverfassungsmäßigen Beziehungen Ungarns zu regeln haben und ist begründet auf die Prinzipien der Reichsverfassung, nämlich auf die Einheit der Monarchie, auf die Gleichstellung der Kronländer und auf die Gleichberechtigung aller Volksstämme. Zum Entwurfe dieses Statuts wird der Ministerrath aus allen Theilen des Landes Vertrauensmänner berufen. Inzwischen wird dem Bedürfniß der schleunigsten Begründung einer geordneten Justizpflege und eines zureichenden Rechtsschutzes durch die provisorische Verwaltungsorganisation Rechnung getragen. Für die Dauer des Ausnahmezustandes in Ungarn bleibt die Handhabung der vollziehenden Gewalt und insbesondere die Geltendmachung der mit dem Ausnahmezustande verbundenen außerordentlichen Maßregeln in der Hand des Befehlshabers der Armee daselbst vereinigt. Ihm zur Seite fungirt für die Civiladministration ein bevollmächtigter Commissar, der dem Ministerium unmittelbar untergeordnet ist. In den zu größeren Verwaltungsgebieten gebildeten Militärdistrikts-Distrikten bleibt die Oberleitung der Verwaltung den Militair-Commandanten, so wie nebst den übrigen Maßnahmen für Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung auch die Ueberwachung der Presse übertragen. 2) Ueber die Verhältnisse im lombardisch-venezianischen Königreiche. Sie erheischen vermalen gebieterisch die Vereinigung der Regierungsgewalt in Einer Hand, aber auch die Civilverwaltung ist zeitgemäß zu reorganisiren. In ersterem Betracht wird die oberste Leitung der politischen Civilverwaltung einem General-Civil- und Militär-Gouverneur übertragen und hierzu F. M. Radetzky mit dem Sitze in Verona ernannt, in letzterem Betracht eine Civilsektion mit zwei Sektionschefs geschaffen. Außerdem werden zu Mailand und Venedig F. M. L. Carl Schwarzenberg und General der Cavallerie Buchner als Statthalter u. Civil- und Militär-Gouverneure fungiren. Die Verwaltung der Finanz-Angelegenheiten bleibt der unabhängigen Oberleitung des Finanz-Ministers anheimgestellt. (O. C.)

Wien, 24. Oct. Unter der Wohnung des Festungskommandanten in Arad befand sich eine Kammer, in der Vitriol und schwefelige Säuren aufbewahrt wurden. Der Privatdiener des Generals, der, so wie Niemand im Hause, vom Dasein dieser feuergefährlichen Dinge Kenntniß hatte, ging rauchend in diesen Raum. Bald darauf erfolgte die Explosion, und das Vorzimmer des Kommandanten stürzte ein. Dieser wollte sein Zimmer verlassen und stürzte im Heraustreten auf den Schutt im unteren Stockwerke, brach sich den Unterschenkel und erhielt mehrere Kontusionen. Außer ihm sind mehrere Personen blessirt worden, von denen 3 bereits gestorben.

Ofen wird zu einer Festung zweiten Ranges erhoben, nicht nur der Platz, alle umliegenden, die Festung dominirenden Anhöhen werden mit soliden Werken versehen. Der Blocks-, Schwaben-, Adler- und Kalvarienberg erhalten Verschanzungen.

Dem Vernehmen nach sollen in Ungarn 6 hohe Gerichtshöfe errichtet werden, und zwar in Pesth, Debrezin, Arad, Cyperies, Oedenburg und Preßburg.

Wien, den 22. October. Die Cholera hat uns nun ganz verlassen. Nach den ärztlichen Berichten befindet sich am heutigen Tage in Wien und Umgebung kein einziger Cholerakranker mehr.

— 22. October. Auch aus Hermannstadt bringen die neuesten Nachrichten kriegsrechtlich gefällte Urtheile, welche bei der Rebellion compromittirte Geistliche und Beamte in höherer Stellung betreffen. Sie scheinen jedoch von milderen Gesichtspunkten auszugehen und erstrecken sich nicht über 2jährige Festungsstrafen.

München, den 22. Oktober. (N. C.) Es cirkuliren seit einigen Tagen wieder Gerüchte von einer nahe bevorstehenden Veränderung in der Oberleitung unserer Ministerien.

Rastatt, 21. Oct. (O. P. Z.) Vorgestern ertönte ein Allarmschuß von den Wällen des Forts B. Einer der dort arbeitenden Gefangenen hatte den Versuch zu entfliehen gemacht; dieser Versuch ist vor einigen Tagen mehreren Gefangenen wieder gelungen. Unter ihnen war der Sohn des Gießener Prof. Hillebrand. Auch der vorgestrige Fluchtversuch ist gelungen; er war von einem badischen Unteroffizier, Bender, unternommen, welcher in nächster Woche vor das Standgericht kommen sollte. Heute und gestern ist eine große Zahl von Soldaten, die aus der Schweiz gekommen waren, entlassen worden.

Darmstadt, den 22. October. Unser Monsterprozeß über die Zerstörung der Eisenbahn bei Weinheim am 23. September 1848, zur Begünstigung des Struve'schen Aufstandes in Baden, setzte heute schon frühe Viele in Bewegung. Auf 5 Bänken hinter einander saßen 67 Gefangene im Assisensaale. Die Angeklagten sind meistens aus Birkenau, Reißen, Biedersdersbach und größtentheils Landleute, Tagelöhner und Handwerker. Der heute Nachmittag versehene, 30 enggedruckte Folioseiten starke Anklageact enthält viele sehr interessante Facta. Die Sitzungen dieses wahrscheinlich mehrere Wochen dauernden Prozesses finden täglich von Morgens 9 bis 5 Uhr statt, mit Unterbrechung einer Stunde zum Mittagessen. Abends werden die Gefangenen jedes Mal unter starker Eskorte in das Arresthaus zurückgebracht. Im Gerichtslocale befindet sich eine Abtheilung Gendarmen und eine Infanteriewache.

Kassel, den 21. October. Die Prinzessin Karoline von Hessen ist heute nach Berlin, der Prinz Friedrich von Hessen gestern Abend nach Schloß Rumpenheim abgereist. — Eine große Anzahl von Mitgliedern der Ständeversammlung ist bereits hier eingetroffen. Am 23. Oct. wird die erste Sitzung stattfinden.

Leipzig, den 24. October. (D. A. Z.) Wie zuverlässig bekannt wird, ist der hier inhaftirt gewesene und am 8. October entwichene Dr. Franck aus Wien nach Frankreich gelangt und befindet sich in Paris.

— Durch Verordnung der Kreisdirection zu Zwickau sind die Stadtverordneten-Collegien in Oelsnitz und Schöneck aufgelöst worden. Sechs von den Stadtverordneten in Oelsnitz sind nach der betreffenden Verordnung für diesmal nicht wieder wählbar.

Dessau, den 22. October. Der hier gegründete Volksverein hielt am 19. October seine erste Sitzung und zählt bereits an 280 Mitglieder. Dieser Volksverein hat an die Spitze seines Programms die Aufrechthaltung der unveränderten Verfassung gestellt und in diesem Sinne bereits eine Petition an den Herzog und eine andere an den Landtag beschlossen.

Weimar, den 21. October. Heute früh ist der Kanzler von Müller hier verstorben, der besonders durch seine engen Beziehungen zu Göthe in weiteren Kreisen bekannt geworden ist. Alle Fremden von Bedeutung fanden bis in die neuere Zeit bei ihm stets freundliche Aufnahme und so hat denn Weimar mit ihm die noch an Erinnerungen reichste Celebrität verloren; daß die von ihm hinterlassenen Denkwürdigkeiten aus seinem Leben demnächst veröffentlicht werden, soll in Aussicht stehen. (L. Z.)

Hannover, den 22. Octpber. Morgen findet eine öffentliche Sitzung des Magistrats und der Bürgervorsteher statt, in der die für die Stadt so wichtige Polizeifrage behandelt werden soll.

Die Warnung an die Lehrer, sich von allen oppositionellen Bestrebungen in öffentlichen Angelegenheiten fern zu halten, ist durch die Consistorien an die Pfarrer und von diesen an die Volksschullehrer gelangt. Den Lehrern der Gymnasien, deren vorgesetzte Behörde das Ober-Schul-Collegium ist, ist dieses Warnungsschreiben noch nicht mitgetheilt.

Ausland.

Es nützt nichts, die Augen vor der Gefahr zu schließen und Kinder überläuben die innere Angst durch lautes Geschrei — alle unsere Nachrichten aus Frankreich melden übereinstimmend, daß der Socialismus mit Riesenschnelle wachse in den Provinzen und täglich mahnen die Journale aller Schattirungen die große „Partei der Ordnung" zur Einigkeit, zum Schließen eines festen Bundes gegen den Socialismus.

Wir haben für dieses Sturmläuten zur Einigkeit nichts, als die Worte Emile von Girardin's: „Wenn ein Dampfkessel im Begriff ist zu springen, dann bildet man keinen Verein gegen das Zerspringen, sondern man denkt auf Mittel, das Zerspringen zu verhüten!"

Frankreich.

Paris, den 23. October. Die Assemblée hat eine sogenannte Geschäftssitzung gehalten, die für das Ausland ohne Interesse ist; auch der hohe National-Gerichtshof zu Versailles fährt in seinen Verhandlungen fort, ohne daß dieselben nach den ersten pikanten Scandalen ein weiteres Interesse zu bieten vermöchten. — Die Lage der Dinge hat sich nicht geändert; das Ministerium, das sich in der römischen Frage so sehr versöhnlich gezeigt, steht fester als je, und der Präsident, dessen Ansehen allerdings einen harten Stoß bekommen, tröstet sich darüber durch mehr derbe, als gute Witze über die Chefs der Majorität im Kreise seiner Freunde. Alles hält zusammen, wie schon gestern bemerkt, aus Angst vor dem Socialismus. Sie halten zusammen, das ist wahr, aber die Gefahr würden sie dadurch nicht abwenden. Nur vom Rücktritt de Fallour's ist noch die Rede und es scheint wirklich, als ob die Gesundheit des Unterrichtsministers ihm auf lange Zeit jede Betheiligung am politischen Leben verböte. Als Nachfolger de Fallour's wird Graf Beugnot genannt, obwohl de Vatismesnil der tüchtigste wäre, aber man sagt, die Legitimisten hinderten den Letztern an der Annahme dieses Portefeuilles. Der Präsident wünscht das bonapartische Element im Kabinet vertreten und da gerade nur das Portefeuille des Unterrichts frei ist, so wünscht er, dieses einem Bonapartisten zu geben. Freilich ist gerade an Unterrichtsministern unter den alten Grognards und ihren Söhnen, den traditionellen Imperialisten, kein Ueberfluß, das geht auch schon daraus hervor, daß man den guten Herrn von der Moscowa als Candidaten des Elisée-Bourbon nennt. Uebrigens hat das Portefeuille des Cultus, trotz seiner großen Wichtigkeit in Frankreich leider nie eine große politische Bedeutung gehabt. Ueber die geheimnißvolle Reise des Herrn von Persigny nach Deutschland erfährt man jetzt, daß der Präsident den Kaiser von Oesterreich um Herausgabe der sterblichen Ueberreste des Herzogs von Reichstadt hat ersuchen lassen. Die Camarilla des Elysée-Bourbon wollte den 15. Decbr. (Jahrestag der Beisetzung Napoleons) zu einer imperialistischen Demonstration benutzen und den Herzog von Reichstadt feierlich im Invalidendome beisetzen. Leider ging der Kaiser von Oesterreich nicht ein auf diesen schönen Plan, sondern meinte, der Herzog Reichstadt sei ein österreichischer Erzherzog gewesen und ruhe ganz sanft bei den Capucinern in der Kaisergruft.

Graf Carl Beraudo von Pralamo hat seine Creditive als sardinischer Botschafter dem Präsidenten übergeben.

Im russischen Botschaftshotel werden außerordentliche Vorkehrungen zu einem großen Feste getroffen.

Heute präsidirte Prinz Louis Napoléon den 133sten Cabinetsrath seit seiner Erwählung zum Präsidenten der Republik.

Herr Felix Saint-Priest hat einen Antrag gegen den Zinswucher in die Versammlung gebracht.

In und um Paris werden wieder bedeutende Truppenmassen zusammengezogen; man will die Garnison auf 100,000 Mann bringen.

Rede des Grafen Montalembert über die römische Frage. Meine Herren! Der Redner, den Sie so eben gehört haben, hat bereits die wohlverdiente Belohnung oder besser Züchtigung durch den Beifall erhalten, der ihm von jener Seite geworden ist. (Entsetzlicher Tumult, minutenlange Unterbrechung.) Wenn Ihnen das Wort Züchtigung nicht gefällt, so wollen wir es bei der Belohnung lassen. (Gelächter auf der Rechten, zorniges Geschrei auf der Linken.) Ich sage, der letzte Redner hat seinen Lohn dahin durch den Beifall der äußersten Linken, und seine pariser Wähler, gemäßigt wie ich, die ihn als Repräsentanten der großen Partei der Ordnung gewählt haben, sie haben das Recht zu fragen, ob sie ihn hierher geschickt haben, um sich von der Linken beklatschen zu lassen. (Wüthendes Geschrei, minutenlange Unterbrechung, es gelingt dem Präsidenten mit Mühe, die Ruhe herzustellen, endlich fährt der Redner fort:) Ich soll meinem Vorgänger antworten; das ist mein Wunsch, das ist meine Pflicht; man sagt mir, Hr. Hugo sei abwesend, aber Hr. Hugo hat nicht das Recht, abwesend zu sein. Meine Herren, man läßt eine Versammlung nicht unter dem Eindruck solcher Worte und solcher Ideen, und geht dann davon. Erlauben Sie mir weiter zu sprechen und urtheilen Sie dann, ob ich mir persönliche Beleidigungen zu Schulden kommen lasse. Wenn Hr. Hugo hier wäre, würde ich sagen, Sie werden einst nach Rom gehen, um dort Einsamkeit, Frieden und Ruhe der Seele zu suchen, Sie werden diese Güter dort finden unter der Priesterherrschaft, welche Sie geschmäht haben. Ja, gewiß, mein Vorgänger auf dieser Tribüne wird die Wohlthaten genießen; aber dann wird er den Himmel segnen, daß er den christlichen Mächten die Idee eingeflößt hat, für Europa ein Asyl zu erhalten. Dann wird er die Rede bereuen, die er heut gehalten hat, und diese Reue wird seine Züchtigung sein. (Rauschender Beifall rechts, Zischen links). Dann wird er bereuen, daß er das ehrwürdige Haupt der heiligen Kirche verläumdet hat, dann wird er bereuen, Frankreich verleumdet zu haben, indem er seine Ansichten für die Ansichten Frankreichs ausgab. Er hat den Papst verleumdet, indem er ihm Härte und Strenge Schuld; wo sind denn die Galgen die er uns gezeigt hat, wo sind die Henker und Martern unter der Regierung Pius IX. und seiner Vorgänger. (Von der Linken: in der Geschichte.) Ja die Geschichte ist Zeuge, daß es seit langer Zeit keinen tyrannischen Papst gab. Der Papst verzeiht immer, er ist verpflichtet zum Verzeihen. Ich will Ihnen sagen, warum es Ausnahmen in dieser Amnestie geben muß, die Sie als Proscription verleumden. Aber ich frage noch einmal, wo sind denn die Gefängnisse und die Galgen, von denen man soviel schwatzt. Der Papst hat keinen Galgen aufgerichtet, aber er ist gezwungen, gewisse Männer aus seinen Staaten zu entfernen, weil er sie nicht bestrafen will, wie wir es in Frankreich thun, er muß einem Präventiv-System folgen, um nicht zu Repressalien seine Zuflucht zu nehmen. Darauf gründet sich der leidenschaftlichste Theil der Rede des Hrn. Hugo, aber Ihr vergeßt, Ihr Männer der gemäßigten Regierung, Ihr vergeßt, daß die Amnestie ein zweischneidig Schwerdt ist. Hat nicht der Präsident der Republik in Uebereinstimmung mit der Nationalversammlung die Amnestie verweigert, welche die Männer verlangten, die Euch heute Beifall klatschen; Sie vergessen, daß Pius IX. schon ein Amnestie-Decret erlassen hat; es war der erste Akt seines Pontificats und diejenigen, welche er begnadigte, sie schwuren in seine Hand, sich nie wieder aufzulehnen wider sein Regiment. Unsre Demagogen, unsre Revolutionaire, sie wurden nie einen solchen Treubruch begangen haben. Wer wagt es, den Papst zu tadeln, weil er nicht noch eine allgemeine Amnestie geben will, da man ihm die erste so schmachvoll gelohnt hat. Pius IX. hat das Unglück, das schwerste Unglück erfahren: die Undankbarkeit ist ihm entgegengetreten. Oh! ich beklage ihn nicht darum, es vermag's nicht Jeder, Undaukbare zu machen; man muß seinen Mitmenschen viel Gutes gethan haben, um das zu können. Glücklich die, welche Undankbare machen, aber unselig die, welche undankbar sind, und diejenigen, welche sich zu Organen dieses Undanks hergeben. (Rauschender Beifall rechts.) Der Papst hat Undankbare gefunden nicht blos in Rom und Italien, sondern hier, denn es ist undankbar, die Dienste zu verkennen, die er uns geleistet, und sie zu vergelten mit frechen Verleumdungen, die der „Moniteur" registriren wird zur Kenntnißnahme der Zukunft. (Beifall.) Da man sich dieser Tribüne zur Beleidigung bedient hat, so sei es mir erlaubt, mich ihrer zu bedienen zu einer feierlichen Kundgebung meiner Dankbarkeit und Bewunderung. Ein Wort noch, bevor ich den Boden verlasse, zu dem herzusteigen mein Vorredner mich genöthigt hat. Sie haben gesehen, wie er den Kirchenfürsten von seiner Umgebung trennen wollte; ich protestire gegen diese Kriegslist; es ist nur eins möglich, entweder der Papst macht, was er will, und dann fallen alle Beleidigungen, die man auf seine Umgebung häuft, auf ihn zurück; oder er macht nicht, was er will, und dann verdient er das verächtliche Lob nicht, was man ihm zollt. Es ist das eine alte Revolutionstaktik, deren sich Hr. Hugo hier bedient hat. Wissen Sie, gegen wen Sie erfunden ist? Ich will es Ihnen sagen, sie ist erfunden gegen den unglücklichen König Ludwig den Sechszehnten. Man hat ihn getrennt von Allem, was ihn umgab; von seiner Familie, von seinen Freunden, von seinen Dienern. Der König hat den besten Willen, aber seine Umgebung täuscht ihn. Und als man seine ganze Umgebung eingekerkert und gemordet hatte, da nahm man ihn, den man isolirt hatte, und übergab dem Henker sein Opfer, Louis Capet (Tiefe Bewegung). Die römische Frage hat 3 Seiten, welche von dem Redner hier vielleicht zu sehr vermischt sind; ich werde mich nur mit der letzten beschäftigen. Ich glaube, daß das, was sich auf die weltliche Herrschaft des Papstes und unsre römische Expedition bezieht, sein Urtheil bereits durch die Abstimmungen der Versammlung gefunden hat. Ich will nur untersuchen, welche Freiheiten den Römern zugestanden sind nach der Rückkehr des Papstes. Ich glaube, man ist darin einig, daß man dem römischen Volke das nicht zugestehen kann, was der Hr. Minister der auswärtigen Angelegenheiten politische Freiheiten nannte. Das motu proprio ist nichts als ein Programm, eine Declaration des heiligen Vaters, in dem alle Principien und Grundlagen des künftigen Regiments enthalten sind. Man hat gesagt, und ich wiederhole es, das motu proprio enthält vier Hauptgarantieen: Reform der Gesetzgebung, Reform des Gerichtswesens, und viel größere provinzielle und communale Freiheiten als Frankreich hat. Diese Freiheiten sind so groß, daß Ihr nicht wagen werdet, sie den Parisern zu verleihen, und ich muß sagen, Ihr thut wohl daran. Viertens enthält das motu-proprio die Säcularisation der Verwaltung. Die Priester sind nicht ausgeschlossen, aber die Laien sind zugelassen. Uebrigens ist das schon eine ältere Verbesserung, nach einer vorliegenden Statistik befinden sich unter den römischen Beamten 409 Geistliche, aber 3059 Laien; jetzt verlangt Ihr, daß sich der Papst mit weltlichen Würdenträgern umgeben soll, wahrscheinlich werdet Ihr bald verlangen, daß er selbst Laie sei. (Heiterkeit.) Der Kaiser von Rußland hat hauptsächlich militärische Beamte, werdet Ihr verlangen, daß er nur mit Advokaten regieren soll? Sein Finanzminister ist ein General der Infanterie, und seine Finanzen stehn sich nicht schlecht dabei. (Allgemeine Heiterkeit.)

(Fortsetzung folgt.)

Lyon, den 19. Oct. Die Legitimisten erheben wieder gewaltig ihr Haupt. Thier ist in diesem Augenblick ihr Abgott, denn sie betrachten seine Haltung gegen den Präsidenten als eine sichere Gewähr dafür, daß er sich dem Bourbon'schen Royalismus vollständig in die Arme geworfen habe. Es liegt ihnen für den Moment nichts darnn, ob der Berichterstatter über die römischen Angelegenheiten speciell dem Hause Orleans diene; genug, er hat dem Bourbonismus einen Dienst geleistet, und das hat ihm Freunde unter seinen verstocktesten Gegnern erworben. Der offne Bruch des Hrn. Thiers mit dem Bonapartismus wird hier als ein großer Sieg für die Sache der Legitimisten betrachtet. Diese selbst vereinigen sich trotz aller Club-Verbote sehr häufig und berathen über das einzuschlagende Verfahren gegenüber allen republicanischen Fraetionen. Mittlerweile mehrt sich indessen der Anstang der Kaiserlichen im Heere ganz gewaltig, und viele Regimenter hoffen auf die Wiederkehr der glorreichen Epoche Napoleon's. Die Ansicht erfahrener Politiker ist, daß der Bruch zwischen den Anhängern des Royalismus und den Kaiserlichen nothwendig dahin führen müsse, daß sich Ludwig Bonaparte der Kriegs-Parthei in die Arme werfen werde. Die Geistlichkeit im ganzen Süden muntert die Feindseligkeit gegen die Republik auf. Sie ist bestrebt, die geschichtlichen Anrechte des Hauses Bourbon bei allen Gelegenheiten zu vertheidigen und dadurch gegen die Ansprüche des Präsidenten heftig anzukämpfen.

Großbritannien.

London, 22. Oktober. Dem feierlichen Besuche Ihrer Majestät in der City zur Einweihung der neuen Kohlenbörse, wozu jetzt die umständlichsten Vorbereitungen gemacht werden, dürfte bald eine Trauerfeierlichkeit folgen. Der Zustand Ihrer Majestät, der verwittweten Königin Adelheid, ist ein hoffnungsloser, die Krankheit: Wassersucht und bereits so weit vorgeschritten, daß die Schwäche der Patientin es unmöglich macht, sie in ein milderes Klima zu bringen. —

Der erste Lord des Schatzes nahm gestern Theil an dem Diner Ihrer Majestät der Königin in Windsor-Castle.

Am 8. Oktober scheiterte die britische Brigg Saint-John, Capitain Oliver von Galway, an den Grampusbänken; von den 161 Personen, die sich an Bord befanden, kamen 145 um's Leben.

Der ministerielle „Globe" corrigirt die französischen Zeitungen und meldet, die Gesandten von Oesterreich und Rußland wären allerdings zugegen gewesen bei dem Bankett Lord Normanby's in Paris. —

Italien.

In **Neapel** ist vor Kurzem ein Werk erschienen, welches sta-

---

mann, Lentz, Letz und Krebs geben gleichfalls ihr Votum über die Anträge zur Bildung der 1. Kammer ab. Herr Hennicke stellt den Antrag, zu berathen, wie am besten die Gefangenen mit Arbeit zu beschäftigen seien, ohne daß dadurch den Gewerbtreibenden Nachtheil gebracht werde. Dr. Stern erzählt von den 400 Webstühlen im Zellen-Gefängniß und eröffnet die Debatte, worauf Hr. Lentz den schlauen Vorschlag macht: die Gefangenen zur Straßenreinigung zu verwenden, wofür ihm im Interesse der politischen Verurtheilten allgemeiner Applaus wird. Hr. Letz frägt darauf an, was denn eigentlich die Versammlung der Bezirksvertreter so lange berathen habe? Es kommt darüber zu sehr persönlichen Debatten, bei der sich namentlich die Herren Krebs, Liebschütz und Letz Höflichkeiten sagen. Von den Fragen aus dem Kasten interessirt uns nur die: ob nicht Mitglieder zur Verloosung von Büchsen mitwirken wollten? — Die Frage, ob eine Person Mitglied des Vereins bleiben könne, die ihre demokratischen Gesinnungen dadurch beweisen wolle, daß sie zu der Kasse des Vereins monatlich 2 Sgr. Beitrag und zur Kasse eines conservativen Vereins nur 1 Sgr. zahle, erregte einen großen Sturm. Demokrat Meyer beklagt sich, daß die Kreuzzeitung ihn mit einem einfachen Bravo abspeise und es unerörtert lasse, ob er Unsinn oder nicht gesprochen, während sie aus den Reden der „höher gestellten" Redner spezielle Auszüge gebe. — Hr. Liebschütz erklärt darauf seine Verwunderung, daß ein so ehrenwerthes Mitglied der Demokratie sich über dies Verfahren der Kreuzzeitung beleidigt fühlen könne, da doch dieses Blatt nicht allein in Berlin, sondern fast in ganz Preußen gebrandmarkt sei. Er seines Theils werde sich freuen, wenn sie ihn 'nur recht tüchtig tadele' (Hr. L. vergißt, daß die Kreuzzeitung sich nicht mit All' und Jedem abgiebt!)

r Mecklenburgischer Zuschauer.

O Peter, großer Peter
Man lacht längst über Dein Zeter-Geschrei, daß auch in Mecklenburg
Die Reaktion jetzt dringet durch.
Deine Zeit, o Peter, ist vorbei,
Auch ein kluges Huhn legt 'n faules Ei.
(Aus dem wiedergeborenen Mecklenburg).

rDer Stadtrichter Dr. Petermann in Strelitz, welcher so trefflich gegen die Abschaffung des Sperkel-Wesens geschrieben hat, muß dennoch immer, sicherlich zu seinem größten Verdruß, die gerichtlichen Sperteln einziehen lassen, und selbst der kleine Mann und der Mann im Linnenkittel müssen dieselben bezahlen, weil ein gerechter Richter keinen Unterschied machen und keine Rücksichten nehmen darf.

N. — Die neuliche Rede eines Abgeordneten der zweiten Kammer erinnerte lebhaft an Philipp Egalités schmählichen Andenkens. Jedes Wort bekundete eine wurmstichige, morsche Gesinnung. Die Geschichte vieler Jahrhunderte bestätigt die Richtigkeit der Lehre des Aristoteles, wonach zur festen Begründung eines Staates drei Elemente gehören: das monarchische, aristokratische und demokratische. Der Preußische Staat besitzt, wie es scheint ohne Wissen des centralen Mitgliedes, weit über 500 Grundbesitzer von mehr als 8000 Thlr. Revenüen, (die genauen Zahlen werden in einer der nächsten Nummern angegeben werden), und aus einer so großen Anzahl möchten geschicktere Hände, als die des Redners, wohl 60 Säulen schnitzen können, welche eine bessere Stütze des Thrones sein würden, als manche Leute glauben.

— Wer schwatzte doch gestern so viel in den Wind?
Das ist von der Wieg' und dem Webstuhl das Kind,
Er hielt seine Rede, so laulich, fast warm
Und schwatzte und schwatzte an Worten sich arm.
„Mein Kind, was birgst Du heut bang' Dein Gesicht?
Sah'st Preuße, den Herrn Minister Du nicht?
Mich selbst mit meinem ganzen Schweif
Schlug Er aufs Maul aus dem Steigereif!
Ach Preuße, ach Preuße, und siehst Du nicht dort
Den grimmigen Bismark am düstern Ort?"
„Mein liebes Kindchen, ich seh' es genau,
Es schimmern die sauern Erbsen so grau!""
„Ach Preuße, ach Preuße, hörest Du nicht,
Wie man bei Mielentz den Skab mir bricht!"
„„Sei ruhig, sei ruhig, Du gutes Kind,
Sie reden dort Alle, wie Du, in den Wind!""
Der Preuße er gähnet, enteilet geschwind
Und ließ alleine das ächzende Kind —
Er mußte eilen, wohl that es Noth,
Sonst hätte das Kindlein gesprochen ihn todt!
(Aus Auerwald's: Marschall Vorwärts.)

† Es wird uns stets schwer, unsern Präsidialgrafen vor dem Scheine der Partheilichkeit warnen zu müssen, und es ist uns deßhalb eine um so süßere Pflicht, die Freiheit anzuerkennen, mit welcher der gewandte Präsident jetzt allen Partheien gerecht wird. Offenbar hat er nach seiner ganzen Geschichte mehr Sympathieen mit der Rechten als mit der Linken, und wir können es deßhalb nur billigen, wenn er allgemeinen Erinnerungen stets an Reden von Mitgliedern der Rechten anknüpft.

Oh Beckrath, Dein guter Rath
Wie ward er Dir verbittert,
Manteufel ist ein harter Mann,
Und wir sind sehr erschüttert.
Eia popeia zur Wiege geschwind,
Bis sich dreht der Wind, das himmlische Kind.
(Aus Dyhrns Ammen-Märchen.)

† Papa Riedel durch schwiegermütterliche Connexionen und einigem vormärzlichen Servilismus zu der schwindelnden Höhe eines Archiv-Raths emporgeklommen, hatte gestern wieder das Glück das Vaterland auf der Spitze seines Amendements zu balanciren. Der kleine Jongleur machte seine Sache nicht übel, und es war rührend anzusehen, mit wie festen Schritten, wenn gleich etwas hoch erhobenen Beinen, unser lieber Centralissimus auf der Ritze hinter ihm herschritt.

Ein teller Welf in Polen fraß
Den Menzel sammt dem Ungarfaß.

— † Anfrage. Mit welchem Recht bezieht Herr v. Minutoli noch immer sein volles Gehalt als Polizei-Präsident von Berlin?!! — um so mehr, da er fortwährend im Auslande lebt, — und erleidet er dafür denn wenigstens den gesetzlichen Abzug von 10 Procent? Um gefällige Antwort wird gebeten.

— †Art läßt nicht von Art! — Herr Bernstein bringt in der heutigen Urwählerzeitung einen Leitartikel mit der Ueberschrift: Johannes Jakoby, Johann der Erzherzog und die preußische Regierung, in welchem er nachweist, daß die Hoffnung des Vaterlandes einzig und allein auf der „klaren Einsicht und den ausdauernden Muth" des Königsberger Wahrheitsmenschen beruht! — Der Reformjude Bernstein ist doch auch schon ein ganz stattlicher Exspeiler!

Eine Geschichte, wie man nicht Minister wird.

(Aus Kabale ohne Liebe.)

Hans Dahlmann fuhr um's Morgenroth
Emper aus Kaiserträumen:
„Bist, Gagern, untreu oder todt,
Wie lange willst Du säumen?
Ich aß so viele Goth'sche Wurst
Und leid' am Portefeuillen-Durst,
Und Du hast nicht geschrieben,
Ob Du noch deutsch geblieben! Hurrah!

— † In Folge der Vorgänge bei der letzten Auflösung des ersten demokratischen Vereins im Lokale bei Mielentz ist eine Untersuchung gegen den Verein (Vors. Dr. Meyen) wegen thätlichen Angriffe auf den Schutzmann-Wachtmeister Hrn. Kaiser eingeleitet worden.

— † Die Const. Corr. theilt mit, daß das gesammte Ballet-Personal das Honorar für die Mitwirkung bei der am 19ten d. M. zu Gunsten der Wittwen und Waisen der in Baden und der Pfalz gefallenen Krieger stattgehabten Opernvorstellung mit 122½ Thalern ausbezahlt erhalten habe, wogegen das Opern-Personal, sowie die übrigen Mitglieder, kein Honorar genommen.

Wie wir gehört, hatte das Ballet-Personal schon früher beschlossen, das Honorar sich auszahlen zu lassen, um den Betrag alsdann der Militärbehörde zu gleichem Zweck selbstständig zu übersenden, da man das Personal um freiwillige Mitwirkung zu jener Vorstellung zu ersuchen anfangs versäumt hatte.

† Wir haben längerer Zeit bedurft, um die ganze Tiefe des Unsinns in der Auerswaldschen Ausreißungs-Taktik zu ergründen, und wir sind nunmehr ordentlich zweifelhaft geworden, ob nicht der erste vereinigte Landtag, der einen solchen Mann bewundern konnte, noch tiefer stand als der zweite, der doch blos furchtsam war.

† Viebah

tistische Angaben über die Anzahl der weltlichen Beamten im Kirchenstaate und des von ihnen bezogenen Gehaltes bringt. Am 1. Januar 1848 gab es dieser Schrift zufolge in den päpstlichen Staaten im Ganzen 5779 Beamte, deren Besoldung die Staatscasse 1,474,466 römische Kronen kostete; 404 waren Geistliche und erhielten 226,436 Kronen; die Gehälter der 5375 Laien betrugen 1,248,030 Kronen. Nur 109 Geistliche versahen Stellen, die nicht kirchlicher Natur waren.

Florenz, den 18. Oktober. Ein Regierungsbefehl, welcher den Präfekten aufträgt, die Wahllisten bis zum 15. November revidirt zu halten, läßt die baldige Eröffnung des Parlaments hoffen.

Bologna, den 14. Oktober. Die Einwohner leben in bester Harmonie mit der Garnison, was sich auch an allen öffentlichen Orten zeigt. — Die Beaufsichtigung der unruhigen Elemente unserer Stadt wird mit Festigkeit gehandhabt. 1300 Carabiniers müssen, da die Auflösung ihres Corps ausgesprochen worden ist, die Uniform ablegen. — Der Gesundheitszustand der Garnison ist bis jetzt sehr befriedigend gewesen; heute jedoch erkrankte ein Soldat an der Cholera.

Schweiz.

Bern, 18. Okt. (D. Z.) Aus verschiedenen Kantonen hört man bittere Klagen über die Flüchtlinge. So haben sich einige derselben zu wiederholten Malen in Solothurn grober Excesse schuldig gemacht, indem sie die eidgenössischen Behörden beschimpften, aus Bosheit und Muthwillen Schlägereien anfingen, über zwei Instruktoren, die zur Ruhe mahnten, mit Messern herfielen, so daß noch mehr Polizeimannschaft requirirt werden mußte, um die Ruhe wieder herzustellen und die Schuldigen in sichern Gewahrsam zu bringen. Der kleine Rath von St. Gallen hat beschlossen, die arbeitsfähigen Flüchtlinge zur Verbesserung von Staatsstraßen zu verwenden. In Aarau, wo die Zahl der Flüchtlinge vom 29. Okt. bis 6. Sept. von 405 auf 308 gefallen ist, sollten dieselben zu Arbeiten am Exercierplatze verwendet werden; aber sehr viele liefen schon am zweiten Tage von der Arbeit fort. Der Kanton Glarus zählt noch 84 Flüchtlinge.

†* **Basel**, 21. Oktober. [Die reinste „Freiheit!“] Zum Beweis, wie sich „Freiheit, Wohlstand und Bildung für Alle“ in Praxis ausnehmen, diene folgendes Pröbchen republikanischer Freiheit. Es ist ein Aktenstück, das der Luzernerbote „Zur Beleuchtung luzernischer Zustände“ veröffentlicht, und lautet wörtlich:

Circular u. s. w. Willisau, 28. Aug. 1849.

Das Statthalteramt Willisau
an
Herrn Gemeindammann N. N.
Herr Gemeindammann.

In Folge der fortgesetzten wühlerischen Umtriebe der alten Sonderbundpartei hat sich der hohe Regierungsrath veranlaßt gefunden, über alle diejenigen, welche sowohl in Folge des Decrets v. 3. Februar 1848, als auch seither wegen politischer Treibereien im Aktivbürgerrecht eingestellt wurden, besondere polizeiliche Aufsicht zu verhängen. Diese Aufsicht soll zunächst durch die betreffenden Gemeindeammänner geübt werden. Ich habe Ihnen daher in dieser Beziehung folgende Weisung zu ertheilen.

1) Werden Sie die mit obiger Schlußnahme beschlagenen und in Ihrer Gemeinde wohnhaften Individuen (siehe Beilage) [worin die Betreffenden namhaft gemacht wurden] von nun an in ihrem Handeln, ihren Geschäften, Läuf und Gängen und allfälligen Besuche-Orten genau überwachen oder durch vertraute und zuverlässige Männer überwachen lassen.

2) Haben Sie die Betreffenden wenigstens alle 8 Tage oder noch öfters, wenn Sie es für nöthig erachten, vor Sich zu bescheiden, um Ihnen über Alles, was auf die auszuübende Polizeiaufsicht Bezug hat, persönlich Rede und Antwort zu stehen.

3) Ueber das Ergebniß dieses Einvernehmens, so wie über allfällige sonstige Wahrnehmungen, haben Sie jedesmal getreue Berichte anher zu erstatten.

Indem ich Ihnen pünktliche Vollziehung dieses Auftrags bestens empfohlen haben will, versichere ich Sie beinebst meiner wahren Hochachtung.

Der Amtsstatthalter:
Hein. Troxler.

Soweit kann es doch nur in einer Republik kommen, in der die volksbeglückende Partei die Oberhand gewonnen hat.

Der gestrige Fremden-Rapport zeigt H. v. Pfuel und H. v. Beckerath (?) an.

Niederlande.

Gravenhaag, den 22. October. Die Herren Baud und Pahut sind zu Staatsräthen in außerordentlichem Dienst ernannt worden. Endlich hofft man mit einiger Gewißheit auf Beendigung der Ministerkrisis. Herr Thorbecke hat dem Könige sein Programm übergeben.

Kammerbericht.

Zweite Kammer.

Berlin, den 26sten Oktober.

Präsident: Graf v. Schwerin. Eröffnung der Sitzung 12½ Uhr.

Am Ministertisch: v. Brandenburg, v. Manteuffel, v. d. Heydt, v. Rabe, Simons.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird ohne Erinnerung angenommen.

Wahlprüfungen.

Die in voriger Woche gestellte Interpellation des Abg. Reichensperger, welche Maßregeln die Regierung zur Aufhebung der Grundsteuerbefreiung und zur Einführung einer gleichen Grundsteuer ergriffen habe, bildet heute den ersten Theil der Tagesordnung.

Abg. Reichensperger (zur Motivirung des Antrages.) Zur Erläuterung will ich nur Weniges anführen, da sich die feierliche Zusicherung wegen der von mir angeregten Gesetze im Patent vom 5. Decbr. v. J. ausgesprochen worden. Die Steuer-Exemptionen sind darum ein Unrecht, weil ihre Voraussetzungen längst beseitigt sind. Der Ritterstand führte früher das Schwert und zahlte mit seinem Blut; die Geistlichkeit stiftete und erhielt Kirchen und Schulen. Aber alle diese Zustände sind längst verschwunden. Dem Lebensbaume müssen die dürren Aeste, die vergelbten Blätter abgestreift werden, damit er neue Aeste, neue Blätter hervorbringe. Dies war auch schon der Grundgedanke, der durch die Gesetzgenung des Jahres 1810 ging; derselbe war auch der Grundgedanke bei der Staatsreorganisation des vorigen Jahres. Mit Abschaffung dieser Ausnahmezustände werden Sie auch großes Mißvergnügen im Lande abschaffen.

Finanzminister. Im Finanzministerie ist bereits ein Gesetzentwurf über die beiden angezogenen Gegenstände ausgearbeitet und befindet sich schon in den letzten Stadien der Berathung im Ministerium. Ich glaube daher der hohen Kammer empfehlen zu können, die Vorlage über diese Gesetze abwarten zu wollen.

Die Kammer geht darauf zur ferneren Berathung des Titels V. der Verfassung über. Zu § 64, der lautet: „Die Legislatur-Periode der ersten Kammer wird auf sechs Jahre festgesetzt,“ sind keine Abänderungsvorschläge eingegangen und wird der § deshalb ohne Discussion angenommen.

§. 65. lautet: Wählbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuße, der das 40. Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits 5 Jahre lang dem Preußischen Staatsverbande angehört hat.

Die Commission schlägt dazu nachfolgenden Zusatz (Artikel 84. Alinea 1.) vor: Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten noch Diäten.

Dazu sind Amendements von den Abg. Schönerberg, Rehden und Rüffer eingegangen, welche Reisekosten und Diäten für die Mitglieder der ersten Kammer verlangen.

Abg. Schöplerberg (für die Amendements). Die Nation darf nicht ängstlich fragen, ob der Candidat, den sie zum Vertreter ihrer Interessen nach der ersten Kammer schicken will, auch die nöthigen Mittel hat, das Mandat ohne Sorge für seine Existenz anzunehmen. Stimmen Sie daher meinem Antrage nicht bei, so werden Sie in der ersten Kammer bald nur Berliner finden, welche eben, weil sie am Orte der Zusammenkunft der Kammer sind, weniger Nachtheile von der Annahme eines Mandats empfinden werden.

Ich wünsche, daß der große Grundbesitzer vorzugsweise in der ersten Kammer vertreten werde, aber auch die sogenannte Bourgeoisie hat im vorigen Jahre genugsam gezeigt, daß sie ebenso für das Wohl des Vaterlandes begeistert ist, wie jene, und für sie wünsche ich vorzugsweise die Annahme eines Amendements. Daß hier übrigens vorgestern ein Wort gefallen ist, welches die erste Kammer eine Sammlung von Raritäten nennt, das wird gewiß Jeden mit Entrüstung erfüllt haben, und mit Entrüstung müssen wir ein solches Wort zurückweisen. (Brave.)

Abg. v. Bodelschwingh (Hagen). Ich muß mich für den Commissionsantrag erklären, der weder Reisekosten noch Diäten bewilligen will. Ich thue dies, glaube ich, so gut im Interesse der ersten wie der zweiten Kammer. Viele Stimmen haben sich dafür ausgesprochen, daß die Stellung der Mitglieder der ersten Kammer eine hervorragende sein muß. Wenn man nun ihnen ebenfalls eine besondere Remuneration geben will, so werden sie gewiß an ihrem Ansehn verlieren. Ich glaube wohl, daß sich 180 Männer im Staate finden werden, welche so wohlhabend und so patriotisch sind, ihre Zeit dem Staate auf einige Monate zu widmen. Ja ich wünsche, daß der Wohlstand und der Patriotismus im Lande so zunehmen möge, daß auch die Mitglieder der 2. Kammer bald auf ihre Diäten verzichten können. (Brave.) Außerdem glaube ich, würde es auch keinen besonders guten Eindruck im Lande machen, wenn die erste ostensible Wirksamkeit der Kammer gleich damit begönne, das Budget zu vermehren. Es werden dann bald gar sehr Viele kommen, die sagen werden, die 15,000 Thlr. hätten auch für Schullehrer, welche so kärglich besoldet sind, für den Neubau von Dorfkirchen verwendet werden können. Dies sind keine große staatsmännische Ansichten, wird man zwar sagen, aber praktisch sind sie doch. — Nachdem noch die Abg. Rehden und Häffer ihre Amendements kurz vertheidigt, werden diese verworfen und der Kommissions-Antrag angenommen.

(Das Weitere der Sitzung morgen.)

Inserate.

(Für den folgenden Theil der Zeitung ist die Redaction nicht verantwortlich.)

Hohes Staatsministerium!

Wir haben an einer Steuerverweigerung genug gehabt, wir wissen, welch Unheil sie ins Land geschleudert, wie sie die Gemüther verwirrt, die bedenklichste Gährung hervorgerufen und unsers Volkes gesunden Sinn bethört hat! Wir wollen das Land gesichert wissen gegen derartige Gelüste und Uebergriffe, und beklagen darum tief, daß unsere Abgeordneten sich haben zu einem Beschluß fortreißen lassen, der eine Kammer oder ein ränkesüchtiges Parteihaupt derselben zum Despoten des Landes machen könnte. Wir verstehen die constitutionelle Staatsform so und haben in dieser Hoffnung gewählt, daß alle drei Staatsgewalten zusammen wirken sollen zum Wohl des Landes, nicht aber eine für sich sich befugt halte, zu jeder beliebigen Zeit lähmend in das Getriebe des Staats einzugreifen.

Das Ministerium Brandenburg hat schon manchmal festgestanden in den wirren Strömungen der Zeit, festgestanden unter Drohungen und Verlockungen, und hat am Ende von dem ernüchterten Volke den Dank geerndtet für seine Festigkeit und seinen Muth. Es ist wieder ein Augenblick eingetreten, wo es gilt, dieselben Tugenden zu beweisen, und unterzeichnete Wahlmänner des Wahlkreises Bielefeld-Halle-Wiedenbrück sprechen die Erwartung und Bitte aus, Hochdasselbe möge auch diesmal nicht gestatten, daß dem Königthum der Boden unter den Füßen entzogen werde, und der Anfruhr, unter dem Vorgeben, des Landes Rechte zu wahren, auf die Verfassung sich stemme.

Obige Adresse läuft unter denjenigen Wahlmännern des Kreises Bielefeld-Halle-Wiedenbrück um, die für von Viebahn und Bentrup gestimmt haben, und ein Exemplar derselben mit 34 Unterschriften ist bereits an das Ministerium abgegangen. Andere werden schon folgen.

Bielefeld, den 20. Oktober 1849.

Die Verloosung eines gestickten türkischen Teppichs zu Zwecken der inneren Mission hat am 23. Oktober unter Zuziehung der nöthigen Zeugen stattgefunden; auf Nr. 220. ist der Gewinn gefallen.

Kreypelhof, den 24. Oktober 1849.

G. z. S.

Von St. Petersburg
sind die erwarteten **Holznäpfe** eingetroffen.
Carl Gustav Gerold,
Hof-Lieferant Sr. Majestät des Königs.
Nr. 10. Unter den Linden. (Durchgang zur kl. Mauerstr.) **Nr. 10.**

Schnupftabacke
französische, nord- und südamerikanische und die beliebten Sorten von **Gebrüder Bernard** in **Offenbach, Lotzbeck & Comp.** in **Augsburg, Franz Voveaux** in **Cöln** u. a. m. empfiehlt
Carl Gustav Gerold,
Hof-Lieferant Sr. Majestät des Königs.
Nr. 10. Unter den Linden. (Durchgang zur kl. Mauerstr.) **Nr. 10.**

Neue ital. **Maronen, Teltower Rüben,** frische **sauersche Bratwurst, Rebhühner, Leipziger Lerchen,** frische **Trüffeln** und **Muserons** empfiehlt
Carl Gustav Gerold,
Hof-Lieferant Sr. Majestät des Königs.
Nr. 10. Unter den Linden. (Durchgang zur kl. Mauerstr.) **Nr. 10.**

Einem geehrten Damen-Publikum beehren wir uns hierdurch die ergebene Anzeige zu machen, dass wir nun nach beendetem Ausbau

das Verkaufs-Magazin
unserer
Damen-Schuh-Fabrik zur Flora,
Jerusalemer-Straße Nr. 20.
vis à vis der Kronenstrasse und ehemaliges Verkaufslocal des verstorbenen C. Helfrich

eröffneten. Dasselbe ist mit einer reichen Auswahl aller Arten Damen- und Kinder-Schuh und Stiefeln in allen möglichen Zeugen und Ledern, nach den **neuesten** französischen und englischen Façons, aufs Sauberste und Solideste gearbeitet, ausgestattet, so dass wir bei prompter, reeller und billiger Bedienung einem jeden Wunsche werden genügen können. Wir hoffen dies um so mehr, als unser **Volkmann,** der bereits unter der persönlichen Leitung des **verstorbenen Damenschuh-Fabrikanten C. Helfrich** arbeitete und später bis 15. August c. der Damenschuh-Fabrik des Kaufmanns Herrn Adolphi, Firma C. Helfrich, als **Werkführer** vorstand, in seinem neuen **jetzt ganz unbeschränkten** Wirkungskreise gewiss Alles aufbieten wird, ein Fabrikat zu liefern, welches unserer Fabrik denselben Ruf zu erwerben im Stande ist, dessen sich der **verstorbene C. Helfrich** während seiner langjährigen Wirksamkeit in unserem Local erfreute. Die **Maasse, Nummern** und **Preise** unserer Schuhe und Stiefel sind ganz **dieselben,** wie sie der Obengenannte für seine Fabrikate eingeführt hatte.

Bestellungen von hier oder ausserhalb führen wir, auch in grösseren Quantitäten, prompt aus und bewilligen **Wiederverkäufern** einen vortheilhaften Rabatt. Reparaturen werden aufs Billigste berechnet.

Behlendorff & Volkmann,
Schuhmachermeister und früherer Werkführer der C. Helfrich'schen Damenschuh-Fabrik.

NB. Wir bitten genau auf unser Hauszeichen wie obige Vignetten zu achten.

Preis-Verzeichniß
der ausschließlich französischen privilegirten, erprobten und von der medizinischen Fakultät als ganz unschädlich erklärten vegetabilischen
Bart- und Haar-Färbungs-Tinktur
und zur Conservation der Haare,
die einen solchen Ruf bekommen hat, daß kein anderes Mittel weiter angewendet wird.

Um Kopfhaar-, Backen- und Schnurrbart ohne Schwierigkeit beinahe augenblicklich auf das Schönste hellbraun, dunkelbraun oder schwarz zu färben . . . . . à 2 — 5 Rt.
Um einem Damen-Scheitel für ein Jahr die schönste Farbe zu geben . . . . . à 1 Rt. 10 Sgr.
Um einen vollständigen Backen- und Schnurrbart für ein Jahr zu färben . . . . . à 1 Rt. 10 Sgr.
Um einen Schnurrbart für ein Jahr zu färben à 15 Sgr.

Bei Abnahme von 1 bis 5 Dutzend findet eine Preis-Ermäßigung von 20 % statt.

Bei Abnahme von 6 bis 10 Dutzend findet eine Preis-Ermäßigung von 25 % statt.

Nur **ächt** zu haben bei **LOHSÉ,**
Jägerstraße 48., (Maison de Paris.)

NB. Bestellungen von außerhalb mit Geldern werden franco erbeten und aufs Schnellste und Reellste ausgeführt, ohne daß Emballage berechnet wird.

∴ Gleichzeitig sind die feinsten englischen und französischen Parfumerien, Wasch- und Rasir-Seifen, Parfums concentrés, de fleurs, Cremes, Stangen-Pomade, Bandauline, Huile antique, Philoceme in allen Gerüchen, Rouge et Blanc, Cold-Creame, Kalyder, Eau de vie Lavande double ambrée, Eau de Toilette, Odontine et Elexir, Savon de Naples etc. etc. angekommen, die zu den billigsten Preisen verkauft werden.

Teltower Dauer-Rübchen
billigst bei **A. F. Krause** in **Teltow.**

— Ein ganz vorzüglich empfohlener Candidat der Theologie, — welcher gründlichen Clavier-Unterricht ertheilt, wünscht noch alsbald eine Hauslehrerstelle anzunehmen. Nähere Auskunft ertheilt W. E. Seidel in Zehdenick.

Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Berlin bei **Alexander Duncker, Schneider und Comp., Mittler**'sche **Buchhandlung, Julius Springer,** in Potsdam in der **Riegel**schen und **Horwath**schen Buchhandlung:

Moritz Graf Strachwitz — Neue Gedichte.
Zweite (**Miniatur**-) Ausgabe. 16. Elegant geb. mit Goldschnitt und einem Stahlstich. Preis 1¾ Thlr.
Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

Aufforderung.
Die Auflage des **Neuen Preußischen Kalenders für das Jahr 1850,** herausgegeben von der Redaction der Neuen Preußischen Zeitung, 4te. 10 Sgr. wird bald gänzlich vergriffen sein. Freunde, welche diesen Kalender noch zu besitzen wünschen, werden gebeten, ihre Bestellungen recht zeitig einzureichen, da nach einigen Wochen kaum noch ein Exemplar zu haben sein dürfte.
Die Verlagsbuchhandlung von C. G. Brandis,
Dessauerstraße Nr. 5.

Buddelmeyer-Zeitung.
IV. Quartal. Preis 20 Sgr. mit Postaufschlag.
Alle Postanstalten, auch alle Buchhandlungen, nehmen Bestellungen an und liefern die bereits erschienenen Nummern nach, so weit der Vorrath reicht. — Auch sind noch einige Exemplare des 2. u. 3. Quartals vorräthig. Berlin, Breitestraße 30.
Carl Schultze's Buchdruckerei.

Verkauf einer Oelgemäldesammlung.
Die zum Nachlasse des verstorbenen Geheimen Obertribunals-Präsidenten Herrn Dr. Köhler gehörige, sehr werthvolle Oelgemäldesammlung steht vom 29. d. Mts. ab in den Stunden von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags in der Kochstraße 30., 2 Treppen, zur Ansicht und zum Verkauf. Auch ist ebenfalls ein sehr gut erhaltenes mahageny Kupferstich-Spinde zu verkaufen.

Bei Brandes und Schultze, Roßstraße Nr. 8., und jeder Buchhandlung zu haben:
Graf v. **Brandenburg** und v. **Manteuffel.**
Portraits in ganzer Figur, Pracht-Ausgabe, à 10 Sgr.
Kleinere Ausgabe, beide Minister auf einem Blatte, à 7½ Sgr.
Die beiden Portraits zeichnen sich durch sprechende Aehnlichkeit aus und stellen die Minister in ihren Arbeitszimmern vor. Der Preis ist höchst billig und wird bei Bestellung von Partieen noch geringer gestellt. Verkäufer in kleinen Städten, wo keine Buchhandlung, wollen sich an die Verlagshandlung portofrei direct wenden.

Bei R. Mühlmann in Halle ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Berlin durch **Wohlgemuth's** Buchh. (W. Schultze), **Scharrnstraße Nr. 11.,** am Petriplatze, zu erhalten:
Allihn, Dr., das Grundübel der wissenschaftlichen und sittlichen Bildung in den gelehrten Anstalten des Preußischen Staates. (11 Bog.) geh. Preis 22½ Sgr.
Der erste Theil dieser Schrift macht darauf aufmerksam, wie bös es mit allen Staatsverfassungen, besonders aber mit constitutionellen steht, wenn eine richtige und umsichtige Leitung der höhern und niedern Volksbildung nicht zum Gegenstand besonderer Sorgfalt gemacht wird, und wie ohne diese besondere Obhut die großen Schäden, an welchen unser gesellschaftliches Leben jetzt leidet, unmöglich beseitigt werden können.
Hierauf sucht der Verfasser (und das ist der Hauptheil der Schrift) die Wurzeln der Revolution in der modernen Bildung, namentlich in der Medephilosophie nachzuweisen. Der Gang der deutschen Philosophie von Kant bis Hegel wird kurz angegeben, und als ein Fortschritt von der Reform zur vollständigen Revolution, ja bis zum philosophischen Delirium bezeichnet. Die Früchte dieser Entwickelung werden nun an dem Beispiele eines der Koryphäen der Hegelschen Richtung dargelegt.
Im dritten Theile wird auf die Maßregeln der Ministerien Altenstein und Eichhorn näher eingegangen. — Zuletzt folgen noch einige Beilagen. 1) Hegel als Religionsphilosoph. 2) Hegel als Dialektiker. Das Schema des dialektischen Prozesses findet sich hier in Holzschnitten dargestellt und es wird an dem Beispiel eines bekannten Theologen dargelegt, welch verwirrenden Einfluß eine solche Dialektik auf die Köpfe ausübt. 3) Hegel der Naturphilosoph. 4) ein sehr reichhaltiges Verzeichniß der hauptsächlichsten gegen die Hegelsche Philosophie gerichteten Schriften. 5) endlich giebt der Verfasser eine vollständige Literatur des neuern deutschen Realismus nach den Gegenständen geordnet.

Familien-Anzeigen.

Verlobt. Frl. Bertha Zimmermann in Magdeburg mit Herrn Rudolph Ravené in Frankfurt a. O.; Frl. Alwina Hönig in Poln. Crone mit Hrn. Gutsbesitzer Zimmermann auf Cziossek.

Verbunden. Hr. Apotheker W. Sonntag hiers. mit Fräul. Emma Möwes; Hr. Regierungs- und Ober-Bergamts-Assessor Wohlers mit Frl. Clara Eilers; Hr. D. Julius Meyer mit Frl. Louise Westphal; Herr M. Edinger mit Frl. Dorothea Kaiser; Hr. Obergerichts-Assessor L. Körbin mit Frl. Marie Nuglisch; Hr. Emil Müller mit Frl. Emma Rothe.

Geboren. Ein Sohn: dem Hrn. Dr. Schlochauer hierselbst; dem Königl. Bau-Inspector Hrn. Wurfbein in Wiedenbrück; Hr. S. B. Beggis in Hamburg.

Gestorben. Hr. Lieutenant W. Großenich in Bromberg.

Königliche Schauspiele.

Sonnabend, den 27. Oktober. Im Schauspielhause. 173ste Abonnements-Vorstellung. Zum Erstenmale: Svend Dyring's Haus, romantische Tragödie in 4 Akten (nach Sagen der Vorzeit), aus dem Dänischen des Henrik Herz, übersetzt von F. A. Lee. Die zur Handlung gehörende Musik ist von H. Ring.

Anfang 6 Uhr.

Königstädtisches Theater.

Sonnabend, den 27sten Oktober. (Italienische Opern-Vorstellung): Norma, Oper in 2 Akten. Musik von Bellini. (Signora Claudina Fiorentini, vom Theater der Königin in London: Norma, als Gast-Rolle).

Preise der Plätze: Ein Platz in den Logen und im Ballon des ersten Ranges 1 Thlr. u. s. w.

Sonntag, den 28. Oktober. Berlin bei Nacht.

Börse von Berlin, den 26. October.

Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	kurz	142¾ bez.
do.	250 Fl.	2 Mt.	142¾ bez.
Hamburg	300 Mk.	kurz	150¾ bez.
do.	300 Mk.	2 Mt.	150 G.
London	1 Lst.	3 Mt.	6. 26¼ B.
Paris	300 Fr.	2 Mt.	81 1/12 bez.
Wien in 20 Fl.	150 Fl.	2 Mt.	95¼ bez.
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	102¼ G.
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	99¼ G.
Leipzig in Court. im 14-Thlr.F.	100 Thlr.	8 Tg.	99¼ G.
do.	100 Thlr.	2 Mt.	99¼ G.
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56. 24 G.
Petersburg	100 SR.	3 W.	106¾ bez.

Fonds- und Geld-Course.

	Zt.		Zt.	
Freiwill. Anleihe	5	106¾ bez.		
St.-Schuld-Sch.	3½	88¼ bez.	Ostpr. Pfandbr.	3½
Seeh. Präm.-Sch.	—	100¾ bez.	Pomm. Pfandbr.	3½ 95¼ B.
K. u. Nm. Schuldv.	3½	87 B.	Kur- u. Nm. Pfbr.	3½ 95¼ bez.
Berl. Stadt-Oblig.	5	103¼ bez.	Schlesische do.	3½ 94¼ bez.
do. do.	3½	88 bez.	do. Lit. B. gar. do.	3½
Westpr. Pfandbr.	3½	89¼ bez.	Pr. B.-Anth.-Sch.	— 97 à 96¾ b. u. B.
Grossh. Posen do.	4		Friedrichsd'or	— 113¼ bez.
do. do. do.	3½	89¾ B.	And. Goldm. à 5 th.	— 112 1/12 bez.
			Disconto	—

Eisenbahn-Actien.

	Zt.		Zt.	
Berg.-Märkische.	4	50 bez. B.	Magdeb.-Wittenb.	4 64 B.
de. Prior.	5	100¼ B.	Mecklenburger . .	4 35¼ à 35 bez.
Berl.-Anh. A. B.	4	90¾ bez. B.	Niederschl. Märk.	3½ 84 bez. u. B.
do. Prior.	4	93¾ bez.	do. Prior.	4 93¾ B.
Berl.-Hamburger	4	80 bez. B.	do. Prior.	5 102¾ B.
do. Prior.	4½	98¼ B.	do. 3. Serie	5 100¾ G.
do. 2. Em.	4½	94¾ B.	N. Schl. M. Zwgb.	4 30¾ B.
Berl. Potsd. Magdb.	4	63¼ bez. B.	do. Prior.	4½ 80 G.
do. Prior.	4	91¼ B.	do. Prior.	5 88 G.
do. do.	5	100⅞ B.	do. St. Prior.	5
do. do. Lit. D.	5	97¼ B.	Oberschl. Litt. A.	3½ 106¼ B.
Berl.-Stettin . .	4	102 G.	do. Litt. B.	3½ 103¾ bez.
do. Prior.	5	104¼ B.	do. Prior.	4
Bonn-Cölner . . .	5		Prz. W. (St. Voh.)	4 34¾ G.
Breslau-Freiburg	4		do. Prior.	5 94 G.
Cöln-Minden . .	3½	94¼ bez.	do. II. Serie	5 84 B.
do. Prior.	4½	99¾ bez. B.	Rheinische	4 48¾ bez. u. B.
do. do.	5	102¼ B.	do. St.-Prior.	4 79 B.
Crac.-Oberschl.	4	66 a 65 bez. B.	do. Prior.	4 85 G.
do. Prior.	4	85 B.	do. v. Staat gar.	3½
Dresden-Görlitz	4		Sächs.-Baier. . .	4
Düsseld.-Elberf.	5	67 B.	Stargard-Posen	3½ 84¼ a 84 bez.
do. Prior	4		Thüringer	4 66¾ a ¼ bez.
Fr.-Wilh.-Nordb.	4	53¼ a 53 b.	do. Prior.	4½ 97 bez.
do. Prior.	5	99¼ B.	Wilhelmsb. (Cosel-Oderberg)	4
Kiel-Altona	4	97 B.	do. Prior.	5
Magdeb.-Halber.	4	138¼ G.	Zarskoje-Selo . .	— 80 B.
Magdeb.-Leipz.	4			
do. Prior.	4	99 G.		

Ausländische Fonds.

Russ.-Engl. Anl.	5 108¾ B.	poln. P.-O. a 500fl.	4 81⅛ bez.
do. 1. Anl. b. Hope	4	do. do. a 300fl.	— 110 G.
do. 2-4. A. b. Stiegl.	4 89⅛ B. V. 88⅛ B	poln. Bank-C. L. A.	5 93¾ bez. u. B.
do. poln. Schatz-O.	4 80⅜ bez. u. B.	do. do. L. B.	— 17 B.
poln. Pfandbr. alte	4 96 G.	Kurh. P. Sch. à 40 th.	— 34⅞ B.
do. do. neue	4 95 G.	N. Bad. Anl. à 35 Fl	— 18⅛ G.

Die Missstimmung der Börse nahm heute noch mehr zu und die meisten Effecten erfuhren einen ferneren Rückgang, wiewohl das Geschäft nur gering war.

Berliner Getreidebericht vom 26. Oktober.

Weizen loco n. Qu.	54 — 60	pr. Okt. . . .	14⅔ — ⅓ verk.
Roggen do. do.	26½ — 28⅛	pr. Okt./Nov.	14 4/12 B. ⅓ G.
pr. Okt./Nov.	26⅛ bez. u. B.	pr. Nov./Dez.	14⅓
pr. Nov./Dez.	26	pr. Dez./Jan.	14⅓
pr. Frühjahr	28 B. 27⅓ G.	pr. Jan./Febr.	14⅓
Hafer loco n. Qu.	15 — 17	pr. Febr./März	14⅓
pr. Frühjahr	17 B.	pr. März/April	14
Gerste, große, loco	24 — 26	pr. April/Mai	13⅔ B.
do. kleine, loco	20 — 22	Spiritus loco o. F.	14 bez. u. G.
Rapps	96	do. mit Faß	14 B. 13⅔ G.
Rübsen	96	pr. Okt./Nov.	13⅔
Lein-Oel loco . . .	12⅔	pr. Nov./Dez.	13⅔
Rüb-Oel loco . . .		pr. Frühjahr	15⅓ G. ⅔ B.

Rüböl Anfangs flau und ⅓ Thlr. niedriger, fand später zu den gewichenen Preisen wieder mehr Beachtung. Spiritus williger. Roggen p. October etwas besser.

Auswärtige Börsen.

Paris, den 23. October. Die Escontirung von 22,500 Fr. 5% und 1500 3% Rente machte zwar die centanten Stücke rar, konnte aber nur die Genfse in der ersten Börsenstunde befestigen, die später bei geringem Geschäfte wieder nachließen. Man sagte, die englische Flotte sei vor den Dardanellen angekommen und Privatkriege auf Petersburg betrachten den Krieg als unvermeidlich. 3% Rente 7er C. 55,80, 7er ult. 55,75. 5% 7er C. 88,10, 7er ult. 88,05. Bank-Actien 2327½. Span. 3% 34¼. Nordbahn 428¾.

London, den 23. October. Consols auf die besseren Pariser Course ebenfalls fest, 92 a ⅛, in fremden Fonds wenig verändert. Mex. 27. — Portug. 33½. Russen 107. Ardoins 16⅛. Span. 3% 33½. Integr. 53⅝. Eisenbahnactien auf Deckungen einiger Baissiers höher, doch Ende wieder etwas matter.

Wien, den 24. October. Metall. 94⅛, ¾, 2½% 49⅛, 49. — Bankactien 1205, 1202. Loose von 1834 163, 162, do. von 1839 114¼, 113¾. Nordbahn 109, 108⅛. Mailand 84¼, 83¾. Glogguitz 108½, 108. Pesth 79½, 79. Amsterdam 148, 147¾. Augsburg 106½ G. — Frankfurt 106¾ B. Hamburg 156¼, 156. London 10,44, 43. Paris 126½ G. Gold 11⅔. Silber 7.

Course bei stillem Geschäft wenig verändert. Von Devisen nur Paris gefragter. Neues Anlehen 83¾, ⅝.

Hamburg, den 24. October. F.-C.-A. 86¾, ⅛. Freiwillige Anleihe 106, 105¾. Russen 105, 104½. Stieglitz 84½, ¼. Dän. 72 B. Ardoins 9 B. Span. 3% 25⅝ B. u. G. Berlin-Hamburg 80½ B. u. G. Magdeburg-Wittenberge 64, 63½. Köln-Minden 94¼, 94. — Mecklenburger 36, 35½. Kiel-Altona 96¾, ¼. — Fr.-Wilh.-Nordbahn 53¾, 53¼. —

Das Geschäft in Fonds und Actien gering, mit Ausnahme von F.-C.-A. und 3% Span.

Breslau, den 25. October. Poln. Papiergeld 95 11/12, ⅝. Oester. Banknoten 96 bez. u. B. Poln. 500-Fl.-Loose 81½ B. Schatz-Obligationen 81 B. Oberschles. A. 106¼ G., B. 103½ G. Freiburg 78¼ B., Niederschlesische 84¼ B. Cosel-Oderberg —. Cöln-Minden 94 G. Sächsisch-Schlesische —. Neisse-Brieg 40 a 41¼. Krakau 66¼ a ½. Fr.-W. Nordbahn 53 3/12 a ¼ bez. u. G. Krakau. Prior. 85 G.

Leipzig, den 24. October. Leipzig-Dresden 108, 107¾. Sächsisch-Baiersche 88¼, 87¾. Sächsisch-Schlesische 90½ bez. u. B. Chemnitz-Riesa 29¼ B. Löbau-Zittau 20 B. Magdeburg-Leipzig 209 G. Berlin-Anhalt. 91¼, 91. Köln-Minden 94½ B. Fr.-W.-Nordbahn 54, 53¼. Altona-Kiel 97¼, 97. Anhalt-Dessauer Landesbank 119, 118¾. — Preuß. Bank-Antheile 98¾ B. Oester. Banknoten 96 B.

Amsterdam, den 22. October. Integr. 53. Arnheim —. Amsterdam-Rotterdam —. Ardoins 10¼. Coupons 7⅛. Span. 3% 26¾. Portug. 33⅛. Russen 104. Stieglitz 83½. Metall. 84⅜, 2½% 43 7/16. Mex. 25⅝. London 12,2½ B. Hamburg 24 13/16 G.

Frankfurt a. M., den 24. October. Metall. 89, 88¾. 250-Fl.-Loose 106½, 106. 500-Fl.-Loose 151, 150½. Bankactien 1356, 1351. Preuß. Staatsschuld-Scheine 89¼, 88¾. Köln-Minden 94½, 94. — Span. 3% 27¼, 27. Integr. 53¼, 53. Verbach 86¾, ¼. Sard. Loose 33½, 33. Poln. 500-Fl.-Loose 81⅜, ⅛. Kurhess. 40-Fl.-Loose 34⅞, ⅛. Fr.-W.-Nordbahn 54½, ¼. Badische 35-Fl.-Loose 32¼, 32. Taunusbahn-Actien 299, 296.

Oesterreichischen Fonds waren heute zu besseren Preisen zu placiren. Fr.-W.